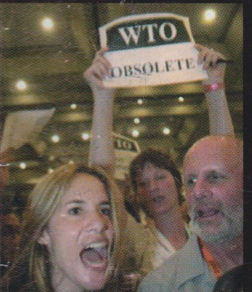
-Für die Unterdrückten!- -Gegen die Ausbeuter!-
Nummer 1/2004
Ausgabe 10
www.aktionsfront.org

Fahnenträger

-zentrales Organ völkischer SOZIALISTEN-

In dieser Ausgabe:

Bericht zum WTO Treffen in Cancun



Kampagnenbericht zur AWA in Pommern



Im Gespräch mit der ANTI ANTIFA „Süddeutschland"





Stoppt die Globalisten!

-AKTION-WIDERSTAND-KONTROLLE-

Liebe Leser!

Der Staat hat es im letzten Jahr nicht ganz so gut mit uns gemeint und war der Meinung, unsere Redaktion etwas genauer unter die Lupe nehmen zu müssen. In altbekannter Art und Weise besuchte man mich und beschlagnahmte eine Rechneranlage, eine Menge Geld, diverse Tonträger, Propagandamaterial, aber auch Disketten, auf denen sich die Adressen der Abonnenten befanden. Glück im Unglück, ein Teil der Adressen der Abonnenten war noch in anderweitigen Formaten gesichert. Aber eben nicht alle. Nach dieser Durchsuchung wollte man mich wegen der beliebten §86a und §86 in die Knie zwingen (Alles auf Grund der Ausgabe Nummer 7.). Eine zeitlang gelang dies sicher, da ja die Rechneranlage nicht mehr vorhanden war und somit auch die Arbeit des Aktionsbüro Pommern nicht aufrechterhalten werden konnte. Durch die regionale Presse erfuhr ich dann mehr über ein anstehendes Verfahren als über die zuständige Staatsanwaltschaft Stralsund („Razzia bei Neonazi Propagandamaschinerie"). Als ich meinen Anwalt konsultierte, erfuhr ich, daß man mich nicht einfach so für diese Paragraphen belangen könne wie es gewünscht war. Da der Fahnenträger vor jeder Drucklegung von einem Anwalt auf die verschiedensten Begriffe, Bilder und Texte geprüft wird, kann man mir die Straftat nicht vorwerfen, da ja schließlich der Anwalt vorher alles kontrollierte und die Hefte erst mit den jeweiligen Änderungen freigibt. Darüber wurde die Staatsanwaltschaft aufgeklärt und siehe da, ich bekam die ersten beschlagnahmten Sachen wieder. Ständiger Briefwechsel mit Staatsanwaltschaft, Polizeidirektion und Anwalt fruchteten und so erhielt ich im November schließlich meinen Rechner wieder. Jedoch legte ich mir in der Zwischenzeit einen neuen zu, welcher die finanzielle Belastbarkeit aber enorm in Anspruch nahm. Während dieser Geschichte bekam auch unsere Druckerei Besuch von den netten Herren des Verfassungsschutzes und knickte ein. Aus diesem Grunde ändert sich auch einiges am Heft. Viele Druckereien wurden angeschrieben, sind aber leider teurer als unsere „alte". Es gab nun die Überlegungen, entweder den Verkaufspreis zu erhöhen oder die Seitenzahl zu verringern, um den alten Verkaufspreis weiter aufrechtzuerhalten. Ich entschied mich für letzteres. Ein positiver Begleitumstand findet sich noch ganz nebenbei, da durch weniger Seiten das Heft noch öfter erscheinen werden kann.

In einer veröffentlichten Pressemitteilung wurde dann bekanntgegeben, das Heft einzustellen bzw. es zu ändern und ihm einen anderen Namen zu geben. Diese Mitteilung wird hiermit widerrufen. So wird das Magazin auch in Zukunft erscheinen und erhältlich sein.

Einen kleinen Grund zum „Feiern" gibt es auch, der Fahnenträger geht nun in seine zehnte Runde und wir arbeiten daran, daß noch viele weitere Ausgaben Euch informieren können. Inwiefern und in welcher Anzahl unser Kampfblatt für die volkssozialistische Bewegung in diesem Jahr veröffentlicht wird, ist aber fraglich.

So wünschen wir allen Lesern, Förderern und Abonnenten, vor allem unseren älteren Gesinnungsgenossen ein erfolgreiches Jahr im nationalen Widerstand und eine sichere Zukunft für Deutschland und Weißeuropa!

mit volkstreuem Gruß

M.Kutschke

An dieser Stelle bitten wir Euch, uns zu unterstützen. Hiermit ist aber keine finanzielle Unterstützung gemeint sondern die tatkräftige in Form von Zuarbeiten für unseren Rundbrief. Die Qualität des Heftes soll sich weiterhin steigern und da sind wir auch auf Euch Leser angewiesen.
Solltet Ihr also Interesse haben, an unserem Projekt teilzunehmen, dann meldet Euch einfach über unsere Kontaktanschriften! Für Eure Zuarbeit erhaltet Ihr dann automatisch die mit Eurem Bericht veröffentlichte Ausgabe.

Erscheinungsvermerk:

Der „**Fahnenträger**" ist **keine** Veröffentlichung im Sinne des Pressegesetzes, sondern vielmehr ein Rundbrief an Freunde und Kameraden der nationalen und sozialistischen Bewegung. Der Bezugspreis deckt nur die Herstellungskosten. Dieser Rundbrief wird vor Erscheinen anwaltlich geprüft.

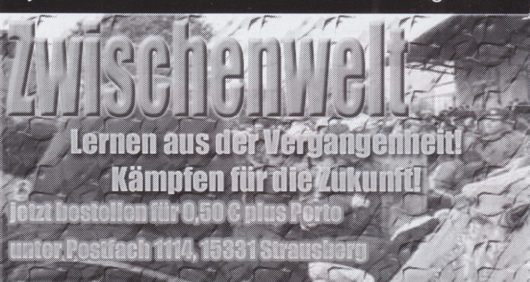
Auflage: 2500 Stück
Verantwortlich für Satz und Gestaltung: M.Kutschke
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
Verantwortliche Schriftleitung: M.Kutschke
Tel.: 0175 / 60 34 74 3
Bestellungen an: FT. Postfach 1153 in 17420 Heringsdorf

Herausgeber:
AG „Medienverbund"
Postfach: 1203 in 17431 Wolgast
e-Post: medienverbund@web.de

Anzeigen:
Farbe: schwarz/weiß also 1/1
Milimeterpreis: 1mm hoch, 45 mm breit: 0,75 Euro
Lieferung erfolgt zwischen 7 und 14 Werktagen

Redaktionsschluß: 18.01.2004

Dieser Ausgabe liegt eine Werbebroschüre bei. Nach einer **Absprache** legen wir auch Werbeprospekte Eures Projektes bei. Grobe inhaltliche Übereinstimmungen sind die Voraussetzungen. Wir versenden alles und für jeden. Wir übernehmen keine Haftung!



Berichte und Artikel, Bestellungen und Anzeigen stets an:
ft-versand@web.de
www.aktionsfront.org

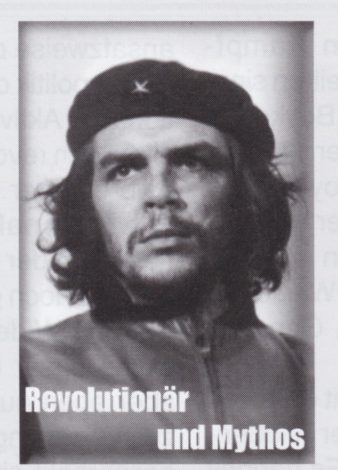
Artikel:
Was macht einen Boykott von US Produkten sinnvoll? ab Seite 4
Aktionsrückblick
und Termine im Mitteldeutschen Widerstandsreporter
ab Seite 21
Synthese:
NATIONALISMUS und SOZIALISMUS - Zwei Gegensätze?,
Seite 10
Artikel:
Aufruf zum Ausstieg aus der Globalisierung,
ab Seite 12
Repression:
Bericht zum Verbotsverfahren der „Skinheads Sächsische Schweiz" , ab Seite 17
Sozialkritisches:
kurz und knapp ab Seite 19
Bestellschein und Abo: Seite 27
Befragt:
ANTI ANTIFA „Süddeutschland" ab Seite 28
Aus der Geschichte:
Dokument von Robert Ley dem sozialistischen Revolutionär im Nationalismus des 3. Reiches ab Seite 30
Artikel:
Leitfaden „Freie Nationalisten" ab Seite 32



Rückblick auf das WTO Treffen in Cancùn 2003 ab Seite 14



Entschieden gegen die Globalisierung



Zur Person: Che Guevara - ein Vorbild für uns? ab Seite 8

In den frühen Morgenstunden des 5. Gilbharts verunglückten unsere treuen Kameraden und Freunde aufgrund eines tragischen Verkehrsunfalles.

05.10.2003

Mario Biesenack
geb . 24.01.1982

Marcel Knapp
geb. 14.01.1980

Sebastian Wilke
geb. 03.06.1986

In tiefer Trauer - Eure Kameraden und Freunde

Boykott

Was macht einen Boykott von US - Produkten sinnvoll?

DELL TEXACO Esso McDonald's
Coca-Cola AOL GM Ford BP
MBNA WAL*MART Pfizer GAP IBM

Boykott! US Produkte finanzieren den Krieg.

NIKE Shell Kellogg's ups
Jacobs PEPSI Marlboro ARIEL
PRINGLES natreen Kleenex MOTOROLA
m&m's ob Herbal Essences FedEx CAMEL

Es erscheint doch vielen Kampfgenossen in den unsrigen Reihen sinnlos, die USA durch einen Boykott in die Knie zu zwingen. Sicher ist, daß auch ein großangelegter Boykott von US - Produkten nichts an der derzeitigen außenpolitischen und kriegstreiberischen Art und Weise der USA etwas ändern könnte. Genauso wenig ändern unsere Solidaritätsbekundungen mit dem Irak oder Palästina etwas an der Außenpolitik der BRD oder USA. Es handelt sich ausschließlich und nicht anders um Solidarität. In diesen Fällen ist es jedoch sehr wichtig, da diese Länder das gleiche Schicksal, wie damals das deutsche Reich mit seinem Reichskanzler Adolf Hitler, erleiden. Es ist heute die gleiche Art und Weise, wie in den letzten 50 Jahren versucht wird, freie und souveräne Länder mittels der Erzeugung von Feindbildern und der kriegerischen Auseinandersetzung nach und nach von der geschichtlichen und politischen Bildfläche verscwinden zu lassen. Die Interessen sind stets dieselben geblieben.

Nur was macht eigentlich einen Boykott von US Produkten sinnvoll?

Diese Frage haben auch wir uns gestellt und wir versuchen wenigstens ansatzweise darauf zu antworten. Die Außenpolitik der USA dürfte jedem nationalen Aktivisten bekannt sein. Vor allem den revolutionären Kräften innerhalb unserer Kampfgemeinschaft.

Wir **Nationale Sozialisten** müssen gerade in der heutigen Zeit versuchen alle uns noch gebliebenen Möglichkeiten des Widerstandes auszunutzen, wobei unser Handeln stets rechtlich, aber eben auch durch die uns wenig zur Verfügung stehende „Macht" eingeschränkt sind.

Ein Boykott mittels Propaganda erscheint uns deshalb als eine der wenigen Facetten des legalen Widerstandes zu sein.

Welchem Volksgenossen sind denn die Fakten bekannt, die sich im Irak abspielen? Welchem Volksgenossen ist die Wahrheit über den Nationalsozialismus bekannt? Welchem Volksgenossen ist bekannt, daß täglich Tausende Kinder in Palästina oder im Irak durch US - Embargos sterben müssen, weil ihnen die medizinische Hilfe und Unterstützung jeglicher Art fehlen, angefangen bei der einfachsten Arznei? Wie viele Opfer gibt es überhaupt? Viele der Volksgenossen wissen ja nicht einmal, daß nach fast 60 Jahren Kriegsende über 70.000 US-Soldaten im eigenen Land stationiert sind und von hier aus Angriffe in alle Welt starten.



Daß die Umerzieher auch in diesem Fall ganze Arbeit geleistet haben, liegt auf der Hand.

Wir Deutsche und wir Europäer müssen endlich zu einem starken Verband der Vaterländer zusammenwachsen, um gegen die Bedrohung des Globalismus und des amerikanischen Imperialismus standhalten zu können.

Ein deutscher Alleingang kann und wird nicht mehr möglich sein. Dieser zeitlichen und politischen Situation Deutschlands müssen wir uns wohl oder übel bewußt werden.

Wir müssen dennoch schon jetzt Zeichen gegen die Machenschaften der westlichen Plutokratie setzen indem wir klar und deutig **Nein** sagen zu den Auswüchsen des US - Imperialismus und den Aggressoren des ach so heiligen Amerika.

Wir **Nationale Sozialisten** sind deshalb aber schon lange keine Pazifisten und wollen sicher auch zu keinen dieser mutieren.

Die Außenpolitik der USA ist längst in eine innerdeutsche Politik umgewandelt worden. Ganze Städte werden mittlerweile an US - Konzerne verhökert, Strom- und Wasserwerke gehören größtenteils nicht mehr uns Deutschen. Traditionsunternehmen und kleine Firmen werden via Aktien der US - Wirtschaft angegliedert und gehören nicht mehr unserer Volkswirtschaft an. Der seelische Mord an unserem Volk herangetrieben durch den *„American way of life"* sucht weltweit seinesgleichen. Die Identifikation mit der Nation ist bei vielen Deutschen nicht mehr vorhanden. All diese Gründe und noch viele mehr zeigen auf, wie wichtig ein Boykott ist, auch wenn wir wissen, daß wir derzeit, wie oben erwähnt, noch nichts an der westlichen Plutokratie ändern können. Aber unsere Kampfgemeinschaft muß und sollte schon jetzt diese wichtigen Erkenntnisse in Aktionismus umwandeln und sich daraufhin schulen, um dieses wichti-

YANKEES RAUS!

AMI GO HOME!

Wann erwacht Germania?

ge Anliegen zu propagieren.
Die geopolitischen Zeiten werden sich positiv für uns ändern doch sollten wir für diese Veränderungen schon jetzt Grundsteine legen. Die Bekämpfung des Globalismus ist die wichtigste Frage, welche gelöst werden muß.

Wie lange soll der Boykott andauern?

Der Boykott muß so lange andauern, bis der letzte Besatzer Deutschland und Europa verlassen hat. Bis die US-imperialistische Außenpolitik durch einen kraftvollen Widerstand gebrochen ist und durch eine den Naturgesetzen entsprechende Politik ersetzt wird.
Dies kann nur geschehen durch einen europäischen völkischen Sozialismus.

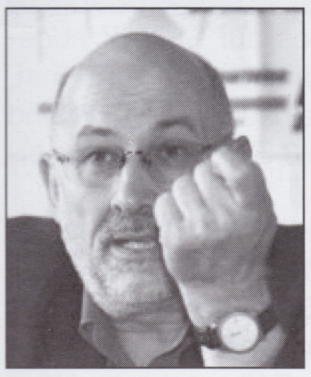
Was muß boykottiert werden?

Es handelt sich natürlich nicht nur um den Boykott von typischen Produkten wie Mc. Donalds, ESSO oder Coca Cola. Diese spielen aber dennoch eine wichtige Rolle. Eine Selbstverständlichkeit diese Marken zu meiden sollte eigentlich längst Bestandteil unserer Weltanschauung sein. Doch leider müssen wir ein fehlendes Bewußtsein dafür stetig anprangern, da dieses noch lange nicht in jedem Mitstreiter von uns vorhanden ist. Also fangen wir erst dort an und erklären jedem Einzelnen wie wichtig diese Veränderungen im Kopf jedes Kampfgefährten sind und was sie bedeuten.
Boykottieren müssen wir auch den „american way of life“, wir müssen diesen in seine Schranken weisen. Dieser verursacht durch seine primitive Art und Dummheit den wie oben erwähnten seelischen Mord an unserem Volk. Der amerikanische Einfluß in unserem Lebensalltag muß verbannt werden. Die Denkweise muß wieder völkisch sein, damit unser Volk und die nordische Rasse eine gesicherte Zukunft bekommen.
Das heißt, in erster Linie muß sich die Geisteshaltung jedes nationalen Menschen von Grund auf ändern. Der Boykott gegen die US-Politik fängt mit der Geisteshaltung und der ablehnenden Anschauung an. Dies ist der Beginn des totalen Boykott.

BOYKOTT

Horst Mahler und seine Weltverschwörung

Quelle: www.die-kommenden.net



Letztlich kritisierte Hohmann auch die Schwarzweißmalerei des Vergangenheitsbewältigungskultes, was von Elementen wie Horst Mahler euphorisch begrüßt wurde. Offenbar ist der Antisemit Mahler in seiner paranoiden Fixierung auf „das Judentum“ nicht mehr imstande, Gegebenheiten wie Klerikalismus, Funktion im Polizeistaat, Sozialreaktion und Sozialdarwinismus zu erkennen und zu benennen. Wir halten an dieser Stelle ausdrücklich fest: Antisemitismus ist letzten Endes nichts weiter als ein Stellvertreterkrieg, der von der zur sozialen und nationalen Befreiung zwingend erforderlichen Frontstellung gegen Kapitalismus und Imperialismus der BRD ablenkt. Es gibt keinen guten „deutschen Kapitalismus“ und einen schlechten „jüdischen Kapitalismus“, sondern das kapitalistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystem als solches ist zu verwerfen. Sonst muß das Wort Lenins gelten: Religion ist Privatsache. Durch ihre Fixierung auf das jüdische Feindbild sowie durch ihren Auschwitz-Komplex bringt die Fraktion der Antisemiten nichts weiter zustande als die Diskreditierung jeglicher Bemühungen um eine konstruktive weltanschauliche Bildungsarbeit. Innerhalb der politischen „Rechten“ wirken sie wie eine spiegelverkehrte (aber ebenso lähmende) Ausgabe der Antideutschen auf der „Linken“. Mahlers penetranter Rassenmaterialismus und seine Theorie einer jüdischen Weltverschwörung sind ein Schandfleck für das von ihm so gerne bemühte Seelentum des Reiches.

Der Feind der freien Völker ist der internationale Großkapitalist und der Feind des internationalen Großkapitals ist der revolutionäre Volkssozialismus.

NEIN zur -AGENDA 2010- JA zu sozialer Gerechtigkeit

Die Pleite ist da! Die AGENDA 2010 ist das Eingeständnis der etablierten Parteien, unter Führung von Gerhard Schröder, daß die soziale Marktwirtschaft versagt hat und der Liberalkapitalismus zum Scheitern verurteilt ist.

Der Anfang vom Ende sind die bereits verabschiedeten Einschnitte im Gesundheitswesen. Die Volksgesundheit wurde ja bereits vor Jahren dem freien Markt vor die Füße geworfen und wird nun im letzten Dolchstoß dem Raubtierkapitalismus geopfert.

Die Gesundheitsreform sichert nicht Gesundheitsversorgung für alle, sie macht sie lediglich teurer. Die Praxisgebühr von 10• und die Eigenbeteiligung beim Zahnersatz treffen vor allem die Armen. Durch die Beitragssenkung für die Krankenversicherung sind die Konzerne die Gewinner. Ihr Anteil an der Gesundheitsversorgung sinkt, während die Mehrheit draufzahlen muß. Diese Pläne würden bedeuten, daß sich bald am Gebiß erkennen ließe, wer reich ist und wer nicht. Die allgemeine Gesundheit wird eine Frage des Geldes und wer da nicht mithalten, kann der verliert. Schon jetzt dürfen Ärzte bekanntlich immer nur das günstigere Medikament zur Behandlung einer Krankheit verschreiben (außer bei Ausländern und Sozialhilfeempfängern, die nicht ins „Budget" fallen).

Dabei sollte es doch für den Patienten besser sein, wenn ein Arzt, der viele Jahre seines Lebens theoretisch und praktisch ausgebildet wurde, wirklich frei selbst entscheidet, welches Medikament zur Genesung angebracht ist und nicht, welches besser in den Finanzplan einer Krankenkasse oder Bundesregierung paßt. Es gibt hunderte Sinnlos-Medikamente auf dem „Markt", die rein garnichts bewirken. Die Pharmaindustrie verdient nicht schlecht daran und die Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf. Dabei ist es so einfach... Eine Positivliste mit wirklich nützlichen und vor allem wirkenden Medikamenten, von unabhängigen Instituten erarbeitet, könnte tiefgreifende Veränderungen im Bereich der Medikamtenverschreibung herbeiführen.

Die Sozialreaktion!



Ulla Schmidt, eine Hauptverantwortliche der sogenannten Reformen.

Es kommt noch besser!

Die Krankenkassen bezahlen im Jahr mehrere Millionen Euro zur Gesundheitsversorgung von Familien der in Deutschland lebenden Ausländer. Selbst wenn diese Familien noch zu Hause, bspw. in der Türkei wohnen. Jahr für Jahr werden Großfamilien in der Türkei mit unseren Beiträgen versorgt.

Ulla Schmidt ist maßgeblich für die Demontage des Gesundheitssystems veranwortlich und wird von allen etablierten Parteien unterstützt. Kein Wunder die Damen und Herren Politiker haben eine sichere Krankenversorgung auf Lebenszeit. Sie können auch in Pension gehen, wenn es ihnen gerade paßt... Das zahlt der Steuerzahler schon.

Sie predigen Wasser und trinken selber Wein. Während Rentner, Arbeitslose und Beschäftigte den Gürtel enger schnallen müssen, bewilligen sich „unsere" Volksvertreter mehr Geld. Die Begründung klingt wie blanker Hohn: Alles ist teurer geworden. Die finanziellen Mittel für die vier Fraktionen im Bundestag sollen nach einem Vorschlag von Parlamentspräsident Wolfgang Thierse im kommenden Jahr um 3,5 Prozent steigen. Ein Gesamtbetrag von immerhin zwei Millionen Euro. Künftig soll jede Fraktion einen monatlichen Grundbetrag von rund 289 000 Euro erhalten, teilte der Bundestag mit. Dazu kommt noch ein Monatsbetrag in Höhe von mehr als 6000 Euro für jedes Fraktionsmitglied. CDU/CSU und FDP erhalten zusätzlich Oppositionszuschläge. Mit der Demontage des Sozialstaates wurde nun offiziell begonnen.

Wie immer, fast einig!

Die sogenannte Opposition lehnt nur noch Teile der AGENDA ab. Die PDS gibt sich als Gegner der AGENDA erkennt aber gleichzeitig auf Ihrem Parteitag die soziale Marktwirtschaft an und ist somit endgültig ein Teil des kapitalistischen BRD-Regimes geworden. Damit gibt es nur noch eine Alternative... der nationale Sozialismus der fern von Globalisierungsideen und Vermarktung des Sozialstaates ein klares Ziel zum wohle aller Deutschen vor Augen hat. Die Schaffung einer Volksgemeischaft und damit endlich soziale Gerechtigkeit für alle!

Bürgerinfo

Schröder DU Dieb!

Gib zurück was Du gestohlen hast!

Das kommt auf uns zu:

-das Krankengeld soll allein von den Beschäftigten gezahlt werden, - weitere und somit höhere Zuzahlungen für Behandlungen und Medikamente, - für Arztbesuche dürfen wir auch bezahlen (eine Art Eintrittsgeld!), - das Kündigungsschutzgesetz wird weiter aufgeweicht, indem befristete Stellen in Kleinbetrieben ohne Kündigungsschutz auskommen müssen, - Kürzung des Arbeitslosengeldes auf höchstens zwölf Monate sowie bei über 55jährigen auf höchstens 18 Monate, - Besteuerung der Renten sowie die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre, - Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner.

Dies und vieles mehr wird auf uns Deutsche zukommen. Unser Bundeskanzler nennt die AGENDA 2010 eine „Reform zur Rettung des Sozialstaates“. Offensichtlich ist sie aber der grandiose, Versuch den Sozialstaat endgültig zu Fall zu bringen. Wir lassen uns das nicht länger bieten!

Hierfür wird fehlendes Geld ausgegeben:

- für die Krankenbehandlung von illegalen Ausländern, - für jährlich 3,67 Mrd. Euro Kindergeld an Nichtdeutsche, - für soziale Leistungen an mindestens 200.000 Asylbewerber, - für die beitragsfreie Mitversicherung von Eltern ausländischer Arbeitnehmer, - für Sozialhilfeleistungen auch an vorbestrafte Ausländer, - für die Unterbringung krimineller Ausländer in deutschen Gefängnissen, - für das „Holocaust-Mahnmal“ in Berlin und Hunderte anderer Gedenkstätten, - für Entschädigungszahlungen sogar an Massenmörder, - für die Auslandseinsätze der Bundeswehr in mehr als sechs Ländern, - für „Eurofighter“ und Großraum-Transporter A400M, - für jährliche Nettozahlungen an die EU in Höhe von 14 Mrd. Euro, - für die steigenden Milliardenzahlungen an internationale Organisationen wie UNO, WTO, Weltbank, UNESCO usw., - für Sozialhilfe und Renten an 175.000 „Kontingentflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion, - für Diäten, steuerfreie Pauschalen und Pensionen der mehr als 2000 Abgeordneten und Minister des Bundes und der 16 Bundesländer, - für die mexikanische „Love Parade“.

NEIN zur AGENDA 2010!
JA zu sozialer Gerechtigkeit!

www.keine-agenda2010.de

Jetzt nationaler Sozialismus!

Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland
Postfach 630132 - 10266 Berlin

Meckl. Aktionsfront
Postfach 1137
17221 Neustrelitz

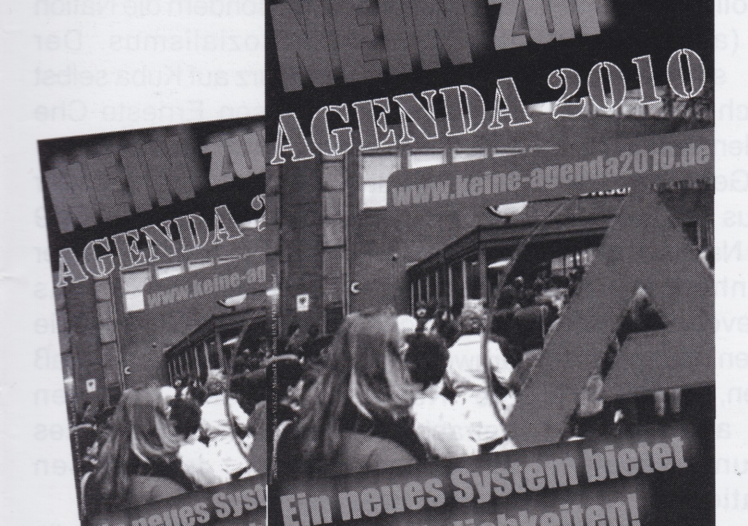
V.i.S.d.P. M.Kutschke, Postfach 1153 in 17420 Heringsdorf

weitere Flugblätter sind in Arbeit

Absofort im Netz:

www.keine-agenda2010.de

-Aufkleber-



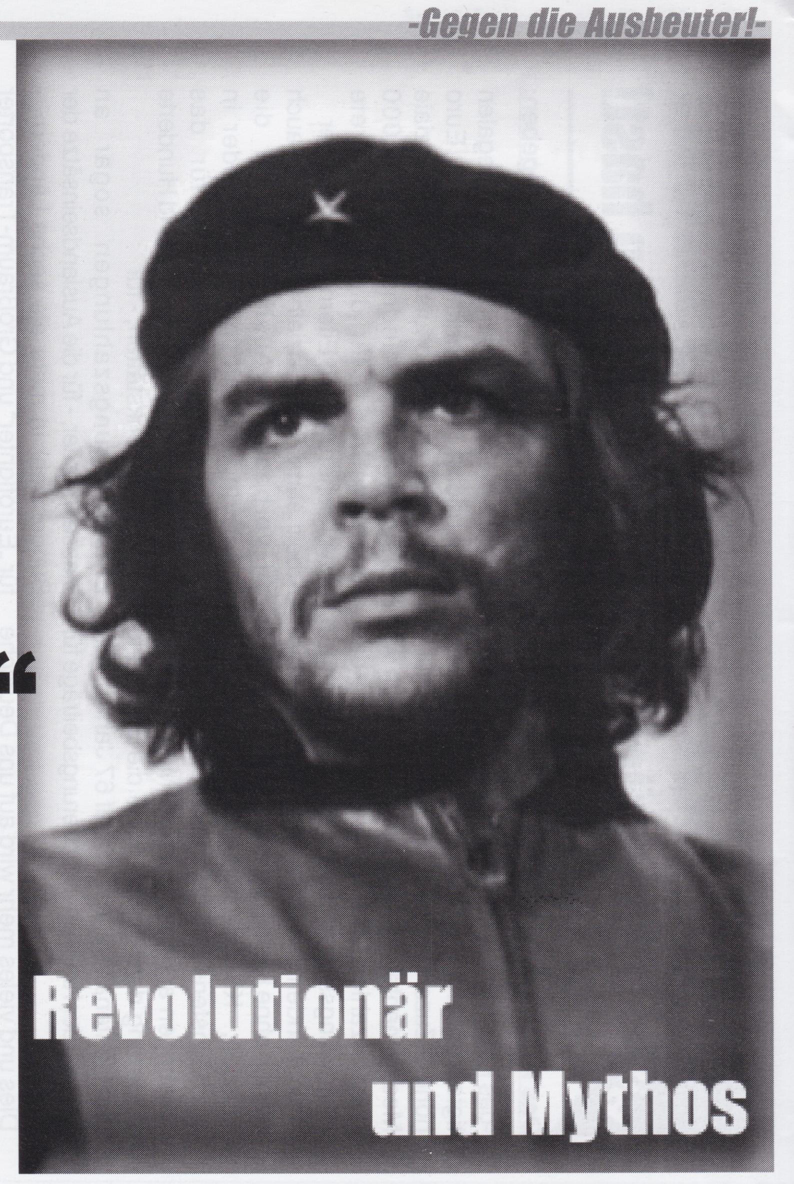
Macht alle bei unserer Anti - AGENDA 2010 Kampagne mit

Solltet Ihr weitere Ideen zu einer Anti - AGENDA 2010 Kampagne haben, so setzt Euch mit uns in Verbindung! Nutzt bitte das Postfach: 1153 in 17420 Heringsdorf oder die e-Post Adresse: sozialistische-reform@web.de

>zur Person<

„Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“

Che Guevara



Ernesto Che Guevara – ein Vorbild für uns?

Können „linke“ Revolutionäre, wie Mao Tse Tung oder Fidel Castro, für uns „rechte“ Revolutionäre Vorbilder sein? Ich denke, diese Frage mit einem eindeutigen JA beantworten zu können. Jeder Revolutionär, aus welchem politischen Lager er auch immer kommen mag, braucht eine gehörige Portion von Idealismus und Durchsetzungsfähigkeit, um seine Vorstellungen verwirklichen zu können. Jeder, der solche Eigenschaften besitzt, verdient unsere Anerkennung. Das gilt natürlich auch für Che Guevara, dem wohl bekanntesten „linken“ Revolutionär der jüngeren Geschichte. Für viele Menschen weltweit ist er zum Symbol des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung geworden.

Doch ist es berechtigt, diesen Mann als Inbegriff einer kommunistischen Revolution zu bezeichnen? Was waren seine politischen Vorstellungen und wie setzte er sie in der Praxis um? Diese Fragen sollen an dieser Stelle beantwortet werden. Der Verfasser verzichtet bewußt auf biographische Einzelheiten, um den Beitrag nicht unnötig zu verlängern und um wichtige weltanschauliche Aussagen nicht mit (vorerst) unwichtigen Dingen, in den Hintergrund treten zu lassen.

Für viele gilt Guevara als überzeugter Kommunist, was er auch selbst von sich behauptete. In der Praxis aber möchte ich seine Politik nicht als kommunistisch (außer in Wirtschaftsfragen), sondern als durchaus sozialistisch mit einigen nationalen Bestandteilen bezeichnen. Guevara erkannte im Gegensatz zum „reinen“ Kommunismus die Existenz und Notwendigkeit der Nationen an. Er war zwar ein Anhänger der sozialistischen Weltrevolution, nicht aber einer proletarischen Weltrepublik, d.h. mit anderen Worten, er wollte eine sozialistische Welt, aber auf der Grundlage unabhängiger sozialistischer Nationen bzw. Nationalstaaten. Dies war aber ein scharfer Gegensatz zum marxistischen Kommunismus, welcher die Existenz von Völkern leugnet.

Für Guevara hingegen stand fest, daß die Träger und Vorkünder revolutionärer Gedanken immer eine Auslese ihres Volkes darstellten. Für ihn waren Sozialismus und Nation keine Gegensätze, sondern die Nation der Träger des Sozialismus. Der revolutionäre Umsturz auf Kuba selbst war durch die Person Ernesto Che Guevara an sich etwas besonderes.

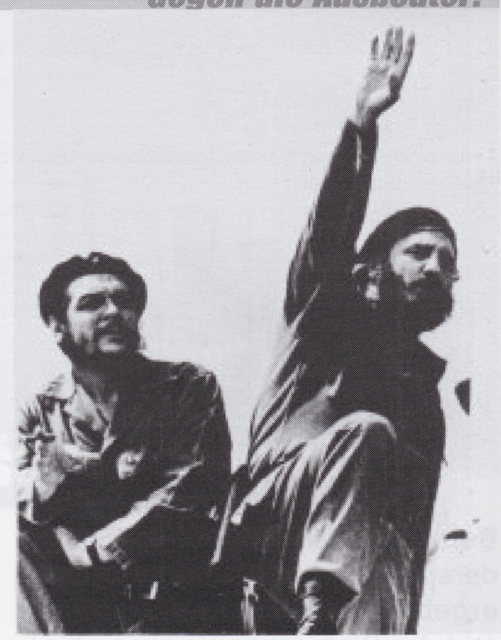
Er war zwar als führendes Mitglied der kubanischen Revolutionäre, die 1959 den Sieg errangen, aber als Argentinier und somit als Ausländer für das kubanische Volk ein „Exot“, den sie argwöhnisch beäugten. Er spürte, daß die Kubaner ihn als Fremden betrachteten und er erwähnte dies auch mehrmals in seinen Tagebucheintragungen.

Aus Ches Überzeugung, daß nur die Völker aus sich selbst heraus den Umsturz bewerkstelligen konnten,

ergab sich im Falle Boliviens ein Problem: Seine sog. „Nationale Befreiungsarmee Boliviens" hatte schlicht und ergreifend zu wenige Bolivianer in ihren eigenen Reihen. Fast das gesamte Führungskorps bestand aus altgedienten kubanischen Revolutionären. Eine bolivianische Armee mit nur wenigen Bolivianern war aber eine Katastrophe, wie Che oftmals beklagte. Die bolivianischen Bauern verwehrten der Guerillatruppe, die fast nur aus Ausländern bestand, jegliche Unterstützung, was zu deren Vernichtung einschließlich der von Che selbst führte.
In einem Bereich jedoch führte er die Lehren des reinen Kommunismus in der Praxis durch – in der Wirtschaftspolitik. Dies hatte verheerende Folgen für das kubanische Volk und dessen Wirtschaft. Um Kubas Landwirtschaft nicht nur auf den Zuckerexport zu beschränken ordnete er den Anbau von Obst und Gemüsesorten an. Er wollte der Landwirtschaft so mehrere Standbeine verschaffen, um nicht mehr nur auf den Zuckerexport in die verhaßten USA angewiesen zu sein.
Dieser Versuch schlug jedoch fehl, da der Boden auf Kuba fast nur für den Zuckerrohranbau geeignet ist. Die Folgen waren Mißernten und ein dramatischer Rückgang der Zuckerproduktion. Eine Hungersnot breitete sich auf Kuba aus, die nur durch sowjetische Wirtschaftshilfe bezwungen werden konnte.
Guevara war entsetzt über die Folgen seiner Politik, machte aber streng kommunistisch weiter, indem er eine gewaltige Verstaatlichungswelle in Gang setzte. Jedem individuellen Schöpfungsgeist und Unternehmertum waren die Wege versperrt und die kubanische Wirtschaft drohte vollends zu zerbrechen. Che trat als Wirtschaftsminister zurück und seine „Reformen" wurden teilweise rückgängig gemacht. Wichtig zu erwähnen ist auch folgende Tatsache:

Nicht Fidel Castro führte Kuba in das von der Sowjetunion angeführte sozialistische Lager sondern Che Guevara.

Während Castro anfangs eher unpolitischer war, übernahm Che die Rolle des Politoffiziers bei den kubanischen Rebellen und schulte sie in Marxismus / Leninismus.
Nach der siegreichen Revolution machte er Kuba zum sozialistischen Staat und knüpfte enge Beziehungen nach Moskau.
Nachdem die Bevormundung Kubas durch die Sowjets Überhand nahm, überwarf sich Che mit ihnen, was sicherlich auch zu seinem Rücktritt beitrug. Als Che erschossen wurde, war er schon längst zum Mythos geworden: Als der unermüdliche Kämpfer gegen den amerikanischen Imperialismus und als Verfechter der sozialistischen Weltrevolution.



>Anschauung<

Die Seele als Machtinstrument im Kampf um das Schicksal!

Kanone

Wir leben in einer Zeit, in der das weltpolitische Geschehen nicht mehr vom Zufall oder Willkür, nicht mehr von der Laune der Souveräne und dem Spiel der Diplomaten, sondern von dem geballten Willen der Nationen bestimmt wird. Heute treten neben den militärischen Machtmitteln des Staates die seelischen Waffen der Nationen. Der Widerstandskraft und die Selbstbehauptung der Völker werden nicht mehr allein mit den Waffen aus Erz und Stahl, sondern mit der Kraft der Seelen und der Stärke der Herzen verfochten. Vor und hinter der Rüstung aus Stahl und Beton stehen heute die Abwehrbereitschaft, die Panzerung gegen die Zersetzungspolitik des Gegners und die schweren Geschütze der geistigen Offensive. Nicht nur das Geld und die Wirtschaft, nicht die Verwaltungsapparate und materiellen Machtinstrumente des Staates, sondern die unwägbaren und doch so gewaltigen Kräfte der Seele sind es, die heute in zunehmendem Maße auch im internationalen Kraftfeld eine schicksalsentscheidende Rolle spielen.

>Anschauung<

Synthese

Nationalismus & SOZIALISMUS

Zwei Gegensätze?

Beide Begriffe könnten nicht widersprüchlicher sein und dennoch ergeben beide einzelne Begriffe erst den Sinn, wenn sie zusammengefügt werden, ja wenn sie zu einer Synthese auf höherer Ebene zusammenwachsen. Beide Begriffe erheben Machtansprüche im Kampf gegen die westliche Plutokratie und unseren schärfsten Gegner, die Globalisierung. In diesem Punkt waren sich beide immer einig und entschlossen sich, diesem Weltfeind, dem westlichen Turbokapitalismus, entgegenzutreten. Dennoch stehen sich beide im Kampf um die Rettung des menschlichen Daseins gegenüber. Zum einen der Sozialismus, welcher durch Marx geprägt war und welcher wohl bei weitem kein Nationalist war und so ist es auch nicht erstaunlich, daß er in seinem „Kommunistischen Manifest“ äußerte *„Die Arbeiter haben kein Vaterland“*. Zum anderen aber der bürgerliche Nationalismus, der es jederzeit nur Verstand, seine Interessen gegenüber anderen Nationen zu behaupten. Nationalismus alleine erscheint uns als Verfechter der obengenannten Synthese nichts weiter als reaktionär. Der soziale, ja der sozialistische Gedanke (Sozialismus) erst eint das Volk und bestärkt dadurch die Nation nach außen (Nationalismus). Ein Zitat eines Mannes, der für die Synthese sein ganzes Leben opferte, erklärte dazu folgendes: *„Jeder wahrhaft nationale Gedanke ist letzten Endes sozial, d.h.: Wer bereit ist, für sein Volk so vollständig einzutreten, daß er wirklich kein höheres Ideal kennt als nur das Wohlergehen dieses seines Volkes, wer unser großes Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ so erfaßt hat, daß nichts auf dieser Welt ihm höher steht als dieses Deutschland, Volk und Land, Land und Volk, der ist ein Sozialist“*. Aus diesem Zitat ist unzweifelhaft erkennbar, daß das eine nicht ohne das andere funktionieren kann. Man nennt diese Synthese deshalb auch stets den dritten Weg, weil es der Sozialismus sowie der Nationalismus nicht einzeln schafften das Volk zu einen und geschlossen nach außen aufzutreten. An einem weiteren Zitat soll die Synthese, also das Zusammenwirken beider Begriffe, verdeutlicht werden. Der nationale Gedanke, so unsere Quellen : *„ist für uns Deutsche identisch mit dem sozialistischen. Je fanatischer national wir sind, um so mehr muß uns die Wohlfahrt der Volksgemeinschaft am Herzen liegen, d.h. um so fanatischer sozialistisch werden wir sein.“*

Nationalismus und Sozialismus, als getrennte Begriffe, heißen für uns deshalb schon lange nicht, daß wir sie an einzelnen Parteien oder Manifesten orientieren. So ist für uns der Nationalismus der wenigen „Rechtsparteien“ als durchaus gefährlich einzuschätzen. Es ist ein Nationalismus, der sich nur nach finanziellen Ergüssen und der Selbstprofilierung des Einzelnen richtet. Der existierende Mittelstand oder die allgemeine soziale und nationale Lage spielen nur eine untergeordnete bzw. keine Rolle. Es ist in dieser Parteienlandschaft der sogenannten „rechten Opposition“ nicht nur der Ansatz, sondern die Ausführung des Klassenkampfes zu finden. Aber nicht der Klassenkampf gegen die herrschende Klasse, sondern ein Kampf gegen das Arbeitertum. Wir verabscheuen daher diese rechtsreaktionären Kräfte auf das Tiefste. Nationalismus ist nichts weiter als die Erfüllung von politischer Macht. Nicht anders sieht es mit dem Sozialismus in der jetzigen Parteienlandschaft aus. Man forciert aus einem Sozialismus für das eigene Volk einen internationalen Sozialismus und erdrosselt somit die Volkssouveränität. Dies ist gleichbedeutend mit Landesverrat. Ein Sozialismus, der international ausgeprägt ist und den wir heute in verschiedensten Bewegungen wiederfinden, ist nichts weiter als eine Pseudoanschauung. Es ist immer ein und das selbe Gerede der Gleichmacherei und das Predigen des internationalen Einheitsbreies und Völkermischmaschs. Unser Nationaler Sozialismus kann nur im Rahmen des eigenes Volkes sein und ein artgerechter Sozialismus funktioniert nur im Rahmen der Nation. Nationaler Sozialismus ist eine Kampfansage an den schon längst fälligen, aber durch das materielle System heraufbeschworenen Klassenkampf.

Unser
SOZIALISMUS
ist
NATIONAL



Vereinigte Gebiete des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

(Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Reichsgebiete; Kürzel: VODR)

2004: Dreiundzwanzig Jahre ostdeutscher Exilstaat

Ostdeutsche Staatskanzlei:
Bahnhofstraße 29 (Günther Mikulla)
in D-54531 Pantenburg
Fernruf und -druck (0 65 72) 93 38 92
Weltnetz http://www.vodr.net

Kostenlose Kurz-Auskunft für jedermann, ausführliche Päckchenpost-Unterrichtung über die rechtl. u. polit. Grundlagen des totgeschwiegenen (ost-)deutschen Exilstaates für jeden Deutschen gegen ein Unkosten-Voraus von 10,00 € bzw. 15,00 € (falls BRD-Postausland) durch die

Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)
Öffentl.-rechtl. Körpersch. ostdeutsch. Notverfassungsrechtes

Sterngasse 1 in D-86150 Augsburg
Fernruf (08 21) ✆ 3 31 04
Taschenfunk (01 60) 91 86 68 56
Ferndruck (08 21) 31 31 04

Kommunikation

Karlsruhe (AP) Ein Internet-Provider muß nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs nur dann für Hetzschriften und Morddrohungen in seinem Dienst haften, wenn er davon wußte.

Zum Beweis der Kenntnis genügt in der Regel der Nachweis, daß eine entsprechende Information an den Anbieter ging, wie der BGH am Dienstag in Karlsruhe entschied. Darin muß die betreffende Internetseite allerdings so präzise bezeichnet sein, daß es dem Provider ohne unzumutbaren Aufwand möglich ist, sie zu finden. Mit dem Urteil wurde die Schmerzensgeldklage eines aus Karlsruhe stammenden Bürgers rechtskräftig abgewiesen, der im Internet rassistisch-neonazistischen Beschimpfungen ausgesetzt war. Er konnte aber nicht nachweisen, daß er den Provider darüber informiert hatte.

Er gab an, die entsprechenden E-Mails gelöscht und die Faxe weggeworfen zu haben. Seit Februar 2001 war der Kläger von den Inhabern zweier Domain-Namen übel beschimpft worden. Unter anderem bezeichneten sie ihn in ihren Internet-Seiten als «Judenarsch», weiter wurden Morddrohungen veröffentlicht und es wurde zu Straftaten angestiftet.

Der Provider gab an, hierüber nicht informiert gewesen zu sein. Nach dem bis Dezember 2001 geltenden Teledienstgesetz haftet ein Dienstanbieter aber nur dann für fremde Inhalte, wenn er diese gekannt hat. Nach dem heutigen Urteil des BGH muß der Anspruchsteller diese Kenntnis des Anbieters beweisen.

Der Beleidigte hatte seine Klage sowohl vor dem Amtsgericht als auch vor dem Landgericht Karlsruhe verloren, weil er die Informationsweitergabe an den Provider nicht nachweisen konnte.

Das seit 2002 geltende Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr war nicht Gegenstand des Urteils. Allerdings haben die jetzt entwickelten Grundsätze auch auf die Auslegung ähnlicher Vorschriften Einfluß.

(Aktenzeichen: Bundesgerichtshof VI ZR 335/02)



-Globalisierung-

AUFRUF

zum Ausstieg aus der Globalisierung

Massenentlassungen und Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Sozialsysteme, Rückbau des Staates und großangelegte Privatisierung. Was immer uns auch an sozialen Zumutungen in den letzten Jahren verkauft werden soll, wird begründet und gerechtfertigt mit den Sachzwängen der Globalisierung.

Dabei stellt sich dem Normalbürger die Frage: Was bedeutet Globalisierung, wem nützt sie und wer treibt sie voran?
Die Globalisierung ist nämlich keineswegs ein vom Schicksal gesandter apokalyptischer Reiter, der über die Völker hereinbricht, sondern Menschenwerk, das unsere Politiker voll und ganz zu verantworten haben. Globalisierung bedeutet den gezielten Abbau aller natürlichen Schranken für den freien Verkehr von Waren, Kapital und

Dienstleistungen. Hauptprofiteure sind dabei die multinationalen Konzerne und das internationale Kapital. Sie ziehen dorthin und investieren dort, wo Lohn-, Sozial- und Umweltstandards am niedrigsten sind. So werden ganze Völker gegeneinander ausgespielt. Das Kapital verlegt Arbeitsplätze und Investitionen in Billiglohnländer der Dritten Welt, beutet dort die Beschäftigten zu oft menschenunwürdigen Bedingungen aus und erpreßt die Regierungen und Gewerkschaften der Hochlohnländer, u.a. Deutschlands, zu Lohnverzicht und Demontage des Sozialsystems mit der Drohung, ganz ins Ausland abzuwandern.

Verantwortlich dafür ist jedoch die Politik selbst, könnte man doch klar gegensteuern und sich wirksam aus der Globalisierungsfalle befreien. Nötig wäre ein von der Politik beschlossener Ausstieg aus der Globalisierung an sich.

Kapitalflucht ins Ausland müßte mit hohen Strafsteuern belegt werden, so daß sie schlicht nicht mehr lohnt. Im Gegenzug wären Importe von Produkten aus Billiglohnländern, die auch im Inland produzierbar sind, mit hohen Zöllen zu belegen. Nur durch Schaffung eines solchen, vor Kapitalflucht und Billiglohnkonkurrenz geschützten nationalen oder evtl. europäischen Binnenmarktes kann unser hoher Lohn- und Sozialstandard auf Dauer gehalten werden.

Ob wir die Globalisierung also weiter mitmachen und damit unsere Arbeitnehmer in einen mörderischen Lohn-, Sozial- und Preisdumpingwettbewerb mit der Dritten Welt gezwungen werden, was letztlich Drittweltbedingungen und Sozialabbau auch hier oder / und einen weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zur Folge hätte, liegt allein in der Entscheidung unserer Politiker. Es ist also höchste Zeit, diese auszuwechseln und durch solche zu ersetzen, die Schluß machen mit dem Globalisierungswahn des internationalen Kapitals und endlich wieder unsere nationalen Märkte, Standards und Interessen schützen.

Björn-Christopher Marc Inigo Balbin

>Epidemie<

3 Millionen Aidstote 2003



Rund 3 Millionen Menschen starben im Jahr 2003 an AIDS. Dies bedeutet die höchste Infizierten- und Todesrate seit Ausbruch der Infektion vor rund 20 Jahren. Dies bedeutet auch eine Zunahme von rund 10 Prozent nur in diesem Jahr (2003). Hinzu kommen weltweit 5 Millionen neuinfizierte Menschen.

Laut einem Bericht der Vereinten Nationen sind seit Ausbruch der Epidemie ca. 40 Millionen Menschen an dem HI Virus infiziert oder daran gestorben.

„Die Zahl der neuen HIV-Infektionen in Deutschland ist nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) in den vergangenen Jahren weitgehend konstant geblieben. Für das Jahr 2002 rechnete das Institut mit einer Zunahme um 2000 Infizierte, darunter rund 500 Frauen. Insgesamt waren nach RKI-Angaben in Deutschland bis Ende 2002 etwa 30.000 Männer, 9000 Frauen und knapp 400 Kinder HIV-positiv. Etwa 5000 der Infizierten waren an Aids erkrankt." (so der Spiegel)

Weltweit fehlen Gelder, um einen reellen und erfolgreichen Kampf gegen die Ausbreitung des HI Virus zu führen. Nach Berechnungen müßten jährlich 10 Milliarden US Dollar aufgebracht werden, es würden aber lediglich 4,7 Milliarden US Dollar zur Verfügung stehen.

Wir stellen uns die Frage, ob die Staaten ernsthaft daran interessiert sind, diesen Kampf zu führen, wo doch weltweit Korruption und Selbstbereicherung einigen wichtiger erscheinen als „ein paar" Millionen Tote.

Cancun 2003

„Ihr könnt die Welt nicht kaufen!“

-Zur WTO-Ministerkonferenz in Cancún.-

Im mexikanischen Badeort Cancún fand Mitte September die Ministerkonferenz der aus dem GATT hervorgegangenen Welthandelsorganisation WTO statt. Zur Erklärung von Standort und Funktion der WTO im kapitalistischen Weltsystem braucht man nur einen Blick auf die Sponsorenliste des kostspieligen Spektakels zu werfen: Hier finden sich neun transnationale Konzerne: Coca Cola, Microsoft, die mexikanische Corona-Brauerei, EADS Telecom (Tochter der Rüstungsfirma European Aeronautic and Space Company), der Bürogerätekonzern Xerox, der Schweizer Uhrenhersteller Nivada, das spanische Schnaps- und Fastfoodunternehmen Domecq und der mexikanische Telekommunikationsriese Telmex.

Verhandelt werden derzeit in der sogenannten Doha-Runde der WTO mehrere Themen: Das Agrarabkommen (AoA – Agreement on Agriculture), bei dem um Marktzugang in der Landwirtschaft, Einfuhrzölle im armen Süden und wettbewerbsverzerrende Subventionen im reichen Norden gerungen wird; das GATS (General Agreement on Trade in Services), das die Privatisierung von Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitssystem, Telekommunikation, Finanzwesen, Elektrizitätswirtschaft oder Wasserversorgung regeln soll; und das TRIPS (Trade Related Intellectual Property Rights), in dem es um Eigentumsrechte sowie Patente auf Erfindungen (Gentechnik, Medikamente) und lebende Organismen geht. Großkonzerne aus Industrieländern halten weltweit 97% aller Patentrechte und im Sinne der Monopolisten wollen die Regierungen einen weltweiten Patentschutz durchsetzen.

Besonders umstritten ist ein vierter Bereich – die so genannten Singapore Issues. Insbesondere die EU drängte seit der Ministerkonferenz in Singapur 1996 darauf, die Themen Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen (also Gleichberechtigung ausländischer Unternehmen bei der Vergabe von Staatsaufträgen) und Handelserleichterungen in die WTO-Agenda aufzunehmen. Das Investitionsabkommen sorgte bereits Ende der 90er Jahre für Aufsehen, als man es unter dem Titel MAI hinter den verschlossenen Türen der OECD, der Organisation der entwickelten Industrienationen, unter Dach und Fach bringen wollte. Es ging vor allem darum, Unternehmen und transnationalen Konzernen größere Investitionssicherheit zuzusichern. So sollten im MAI internationale Standards festgelegt werden, die den sozialen oder ökologischen Verhältnissen der betroffenen Länder übergestülpt werden konnten. Zur Einhaltung dieser Standards wurde den Konzernen ein Klagerecht gegen Staaten und Regierungen eingeräumt, während sie selbst kaum an Verpflichtungen gebunden werden sollten. Die Regierungen wären faktisch verpflichtet gewesen, diese Standards umzusetzen – mit Gesetzen, Polizei und Militär. Auch wäre allen Ländern jegliche Steuerung von Investitionen und Auftragsvergaben anhand der eigenen Entwicklungskriterien verboten worden.

Die Cancún-Verhandlungen scheiterten nach fünf Tagen, da die „Entwicklungsländer“ vor allem die von der EU, Japan und Südkorea geforderte Aufnahme von Verhandlungen über die Singapur-Themen strikt verweigerten. Begreiflicherweise befürchten die Regierungen der meisten „Drittweltländer“ einen zu weitgehenden Kontrollverlust über ihre Volkswirtschaften. Die Staaten vor allem der Gruppe der 21 (Brasilien, Südafrika, Malaysia, Argentinien, Ägypten etc.), welche durch den Anschluß Chinas und Indiens zur Gruppe der 23 anwuchs, verlangten im Gegensatz zu den Wünschen Brüssels, Tokios und Seouls die Priorität von Verhandlungen über den Abbau von Agrarsubventionen durch die Industrieländer. Damit solidarisierten sie sich mit den wirtschaftlich vollkommen am Boden liegenden 90 ärmeren und ärmsten Entwicklungsländern. Auch Agrarexporteure wie Australien und Neuseeland stellten sich am Ende

hinter die Gruppe der 23 und scherten aus der Front der entwickelten Industrienationen aus.

Ein von Mexiko präsentierter WTO-Kompromißentwurf wurde vom bundesdeutschen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) im Namen der EU zurückgewiesen. Berlin und Brüssel kritisierten, der Text enthalte weitreichende Zugeständnisse im Agrarbereich (vor allem eine Obergrenze der Agrarsubventionen), aber keine substanziellen Gegenleistungen der Entwicklungsländer wie die vom neuen Exportweltmeister BRD geforderten Zollerleichterungen und schon gar nicht das seit Jahren heiß ersehnte Investitionsschutzabkommen. In den Reihen von Clements Delegation befanden sich nicht umsonst eine Reihe einflußreicher Unternehmerfunktionäre – auch dieser Sozialdemokrat ist ein Genosse der Bosse.

Clement als Wortführer des europäischen Neoimperialismus steht mit seiner Ablehnung nicht alleine, denn Bundesverbraucherministerin Künast von den Grünen sprach sich für die Fortsetzung der ungehemmten Liberalisierung und Massenausbeutung aus und erklärte allen Ernstes, die EU habe in den vergangenen Jahren tiefgreifende Agrarreformen zum Wohle der Dritten Welt durchgeführt. An das kapitalistische Europa würden immer nur Forderungen gestellt, hieß es. In diesem Sinne lehnte man auch eine ins Gespräch gebrachte Sonderregelung für Baumwolle aus der Dritten Welt und die Herausnahme der Grundnahrungsmittel aus der WTO konsequent ab. Schon vor dem Ende der Gespräche verließ eine Reihe afrikanischer Staaten angesichts der wenig transparenten Verhandlungsführung den Sitzungstisch. EU-Handelskommissar Lamy bot vergebens an, die Verhandlungen über Investitionen und Wettbewerbsfragen auszuklammern. Das Debakel von Cancún stellt einen harten Schlag für die WTO als Zugpferd der weltweiten Liberalisierung und Globalisierung dar und die für Ende 2004 zum Abschluß vorgesehene Doha-Runde der WTO kann damit als beinahe gescheitert angesehen werden.



Die Welthandelsorganisation kündigte eine Folge-Ministerkonferenz für Mitte Dezember in Hongkong an, um dort nach einem Konsens zu suchen. Zu Recht wies der brasilianische Außenminister Amorim darauf hin, daß die G-23 sich als ernstzunehmender Verhandlungspartner etabliert hat, und genau diese Entwicklung paßt offenbar den neoliberalen Imperialisten in Berlin nicht in den Kram. 81 % der Delegierten aus Entwicklungsländern betrachteten übrigens einer Umfrage des britischen „Guardian" zufolge die WTO als ein Instrument der reichen Industriestaaten.

Die harte Haltung der Gruppe der 23 erklärt sich, wenn man einen Blick auf die konkreten Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Industriestaaten wirft. Unlängst berichtete das International Food Policy Research Institute, Washington, daß die Handelshemmnisse (Einfuhrzölle) und Agrarsubventionen der Industriestaaten alleine den schwarzafrikanischen Bauern 2 Milliarden Dollar Einnahmeverlust jährlich bescheren. Alle Entwicklungsländer zusammen verlieren durch die Maßnahmen des Nordens jährlich 26 Milliarden Dollar. Alleine 2001 förderte die OECD ihre Landwirtschaft mit 311 Milliarden Dollar Subventionen – sechsmal soviel, wie ihre Mitgliedsstaaten für Entwicklungshilfe ausgeben. Während die EU ihre Landwirte mit jährlich 99 Milliarden Dollar unterstützt, sind es in den USA 97 Milliarden Dollar. Japan schützt seine Reisbauern mit Importzöllen von bis zu 500 %. Während in Mexiko pro Kopf und Jahr 500 Dollar Subventionen gezahlt werden, beträgt die Hilfe in der EU 5500 und in den USA an die 9000 Dollar. Durch die Subventionierungen sind die Produkte der nördlichen Landwirtschaft im Süden konkurrenzlos, während Produkte des Südens durch Zölle überteuert werden. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO sind in den ärmsten Staaten 56 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, in manchen Ländern Afrikas sind es 90 %. Täglich sterben 6600 Menschen (275 pro Stunde) infolge der EU-Handelspolitik mit Agrarzöllen von bis zu 250 %, vor allem in Afrika.

Bereits im Vorfeld der Cancún-Konferenz drohte Clement, bei einem Scheitern der Verhandlungen werde die OECD verstärkt bilaterale Abkommen schließen. *„Wer nicht attraktiv ist, bliebe dann draußen vor der Tür."* Bezeichnenderweise vollzogen nach dem ergebnislosen Auslaufen der Ministerkonferenz Clement und der US-Handelsbeauftragte Zoellick den Schulterschluß. Clement bejammerte die Blockadehaltung der Entwicklungsländer, die Schlagworte an die Stelle der Vernunft gesetzt hätten. Auch Zoellick stimmte mit den US-Industrieverbänden im Rücken in die bundesdeutsche Drohung ein,



man werde fortan bilaterale Handelsverträge mit Drittweltstaaten abschließen – und die meisten Nationen der Dritten Welt sind nach wie vor erpressbar. Die US-Delegation kündigte unumwunden an, wider den Stachel löckende Staaten von den amerikanischen Märkten auszuschließen. Bereits seit Jahren umgehen die EU und die USA mit ihrer Handelspolitik die WTO, indem sie durch Verträge mit einzelnen Ländern (im Ökonomendeutsch auch als Assoziationsabkommen oder Handelsverträge verkauft) ihre ökonomischen und politischen Ziele durchzusetzen versuchen. Hierbei liegt Brüssel deutlich vor Washington, denn die EU hat rund 100 derartige Abkommen abgeschlossen, während die USA erst seit 1994 durch ihre Freihandelszonenpläne bemüht sind, Lateinamerika als ihre Interessensphäre zu reservieren. Die Lage dürfte sich also in vielen Staaten in den der EU und den USA ausgelieferten Regionen vor allem Afrikas und Lateinamerikas drastisch verschlechtern. In Asien zeichnen sich hingegen deutliche Tendenzen zur Bildung einer eigenen Wirtschaftszone mit China, Indien, Japan und Südostasien ab.

Die Haltung der transatlantischen Neokolonialisten in Washington und Berlin ist an Verlogenheit kaum zu überbieten. Der reiche Norden setzt mit Hilfe von IWF und Weltbank seit den frühen 80er Jahren die Marktöffnung in der Dritten Welt durch und überschwemmt zugleich deren Märkte mit subventionierten Agrarexporten, die Hunderte von Millionen um ihre Einkommen bringen. Die USA schützen beispielsweise ihre Stahlindustrie mit Zöllen, Frankreich und BRD manifestieren wettbewerbsfreie Stromkartelle und generell erfreuen sich die Großkonzerne der Industrienationen staatlichen Wohlwollens. Umgekehrt fordert man von Staaten wie China, Indien und Brasilien, auf genau solche Fördermaßnahmen zu verzichten und bei öffentlichen Aufträgen, Steuern oder Zöllen den Konzernen des Nordens volle Gleichbehandlung einzuräumen. Die EU, die USA und Japan unterschätzten offenkundig die wachsende politische und wirtschaftliche Macht gerade dieser Nationen.

Deren neue Allianz torpedierte in Cancún die traditionelle divide et impera-Strategie des Nordens. Die G-23 repräsentiert zusammen zwei Drittel aller Bauern dieser Welt und mehr als 50 % der Weltbevölkerung (wir gestatten uns den Hinweis, dass China bereits die viertstärkste Exportnation der Welt ist und spätestens 2015 die USA als weltwirtschaftliche Führungsmacht abgelöst haben dürfte) und weitere Entwicklungsländer wollen sich der Allianz anschließen. Allerdings darf diese Konfrontation nicht vorschnell als Konflikt zwischen Arm und Reich interpretiert werden. So sind in der Gruppe der 23 eher die großen Schwellenländer organisiert, und ihr Vorschlag zum Abbau aller Agrarsubventionen ist neoliberales Wunschdenken. Auch wenn Staaten wie Indien, China oder Brasilien mehr exportieren könnten, so würden davon doch in erster Linie die auch in den Schwellenländern übermächtigen Großagrarier profitieren und nicht etwa die am Rande oder unterhalb des Existenzminimums dahinvegetierenden Kleinbauern. Man sollte sich hüten, vorschnell das Ende der kapitalistischen Globalisierung oder von Not und Ausbeutung zu konstatieren - es wird nur sehr bald einige Global Players im Weltmarktsystem mehr geben.

Der Club der Reichen wird lernen müssen, daß es künftig ein paar weitere Wirtschaftsmächte gibt, die für sich die gleichen Rechte des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft beanspruchen, mit denen die Industriestaaten seit jeher gearbeitet haben. Nicht zuletzt gelang nach dem 2. Weltkrieg gerade der Aufstieg von Staaten wie Japan, Südkorea, China und Taiwan durch protektionistische Maßnahmen und schrittweise Weltmarktöffnung. Zu erwarten ist eine rapide Desintegration des multilateralen Nachkriegshandelssystems. Hierzu die „Financial Times": *„Das Gespenst, daß viele Handelsexperten umtreibt, ist, dass sich Staaten mit besonderer Vehemenz regionalen und lokalen Handelsabkommen zuwenden werden, für die der Enthusiasmus weltweit schon jetzt stark zunimmt. Das könnte die politische Aufmerksamkeit von den WTO-Verhandlungen nicht nur noch weiter ablenken, sondern die Einhaltung der Regeln untergraben, die das multilaterale System am Leben erhalten."* Nach dem durch die USA, Israel und Großbritannien eingeleiteten Erosionsprozess der UNO ist nun infolge des Wirtschaftsimperialismus der Industriestaaten mit der WTO eine zweite Stütze der Nachkriegsweltordnung in ein Stadium des Zerfalls getreten.

Dank für die Verwendung des Textes geht an,

R. Schappke
www.die-kommenden.net



Bericht zum aktuellen Verbotsverfahren gegen die Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ kurz „SSS“

Viele Aktivisten/innen haben von dem Ermittlungsverfahren und dem Prozeß gegen die ehemalige Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ Kenntnis genommen. Aus rechtlichen Gründen mußten wir auf eine Befragung verzichten und so entstand aus dieser Befragung ein Bericht.

Die SSS war eine typische „Skinheadcrew“, wie sie in den Jahren 1993/ 94 in den mitteldeutschen Regionen und Städten entstanden sind. Man konnte uns vielleicht mit den Bootboys Riesa oder den Skinheads Chemnitz vergleichen. Gefestigt hatte sich ein Freundeskreis in den Jahren 1996/ 97, was den Vorteil hatte, daß ihr die Brachialität der Wendejahre und die darauf folgende Entpolitisierung der Skinheadszene erspart geblieben war.

Das Hauptaugenmerk lag sicherlich darin, die Leute dazu bewegen, ihre Freizeit selbst zu gestalten anstatt diese nur als Konsumenten zu erleben. Wichtig war dabei, die Fähigkeiten des Einzelnen zu erkennen, zu fördern um dadurch den Wert der Gemeinschaft zu festigen. Die Aktivitäten waren naturgemäß sehr vielfältig: Von der einfachen Feier über Wanderungen bis hin zu Sonnwendfeuern. Natürlich wurden auch Konzerte und Dorffeste besucht. Ein kultureller Höhepunkt waren sicher die „Feldschlachten“, die mit großer Liebe fürs Detail ausgerichtet wurden. Diese gingen über mehrere Tage und wurden recht gut besucht (ca. 300 Leute). Ferner verfügt die Sächsische Schweiz über einen vorbildlichen NPD-Kreisverband, welche die SSS nach ihren Möglichkeiten unterstützte. Das Unbehagen des Staates wurzelt sicher in seiner Angst vor Freiräumen, die sich Menschen im Zusammenleben schaffen, welche sich seiner Kontrolle vollständig entziehen. Ferner sind Gründe im lokalpolitischen Milieu zwischen neuem Klüngel und alten Seilschaften zu finden.

Laut Polizeizeugenaussage während des ersten Prozeßes wurde bereits seit 1998 wegen Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz gegen die SSS ermittelt. Der Grund für diese Ermittlungen war dem Zeugen allerdings nicht mehr „zugänglich“ – Waffen wurden freilich keine gefunden, allerdings wurden ab diesem Zeitpunkt die Exekutivmaßnahmen gegen die SSS legalisiert. Zu diesem Zwecke wurde eigens eine Sonderkommission gegründet, welche 3 Jahre „Beweise“ sammelte. Die Staatsanwaltschaft benötigte ebenfalls noch einmal 3 Jahre, um daraus ein Gerichtsverfahren gegen die SSS einleiten zu lassen. In dieser Angelegenheit wurden Hausdurchsuchungen in zwei Durchgängen gestartet. Im ersten von 250 BKA-Beamten, da man den örtlichen Polizeikräften nicht traute.

Die Schikanen unterscheiden sich nicht von dem, was in dieser Richtung bereits bekannt ist.

Angelastet wurde und wird „Einzelmitgliedern“ der Gruppe, daß sie zu „einem nicht mehr bestimmbaren Zeitpunkt“ aus dem Freundeskreis eine kriminelle Vereinigung gebildet haben. Zur Festigung dieser These wurde und wird einigen „Einzelmitgliedern“ drei Landfriedensbrüche vorgeworfen. Begangen wurden diese drei Straftaten 1998/ 99, was – nach Ansicht des Gerichts - auf die 6 Jahre des Bestehens der Gruppe gerechnet den Tatbestand einer Kriminellen Vereinigung erfüllt. Wohlgemerkt, diese drei Straftaten werden einigen „Mitgliedern“, keinesfalls der gan-

zen Gruppe vorgeworfen.
Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß drei Landfriedensbrüche der Antifa, die gegen uns gerichtet waren, weder verfolgt noch geahndet wurden. Die Dresdner Antifa zum Beispiel hat in den letzten Jahren mindestens 11 Landfriedensbrüche begangen, in deren Folge gegen sie ergebnislos ermittelt wird, obwohl sich diese im Netz ihrer Taten detailliert rühmt. Das Zusammenspiel von Behörden und kriminellen Elementen hat in unserer Region tatsächlich groteske Züge angenommen.

Eine Anfrage des Gerichtes beim Landesamt für Verfassungsschutz bezüglich des Einsatzes von V-Leuten wurde mit der Begründung abgelehnt, daß das Gericht für das Landesamt nicht weisungsbefugt wäre.
Ein anonymer Hauptzeuge entpuppte sich während des Verfahrens als inoffizieller Mitarbeiter. Die Bemühungen des vorsitzenden Richters, diesen Zeugen zu laden, wurden von interessierter Seite vereitelt. Allerdings legen die schriftlichen Aussagen des IM nahe, daß es sich bei dieser Person um einen Wichtigtuer handelt, also um jemanden, der von dem Freundeskreis an sich keine Ahnung hatte.

„Das Zusammenspiel von Behörden und kriminellen Elementen hat in unserer Region tatsächlich groteske Züge angenommen.“

Zwei Verfahren mit jeweils 7 und 12 Angeklagten sind abgeschlossen. Während des ersten Verfahrens, welches über ein halbes Jahr dauerte, wurden die Grundlagen dafür geschaffen, daß wir „nur“ Bewährungsstrafen erhielten. Die Staatsanwaltschaft hatte schließlich Haftstrafen ohne Bewährung gefordert. Dieses erste Verfahren zeigte einen für die Angeklagten sehr positiven Verlauf (Immerhin sah zu diesem Zeitpunkt und nach der Lage der Beweise alles nach einem Freispruch in Sachen kriminelle Vereinigung aus), was die Staatsanwaltschaft zu diesem Kompromiß zwang. Der vorsitzende Richter machte uns daraufhin unmißverständlich deutlich, daß wir uns in der Frist einer halben Stunde zwischen Haft- oder Bewährungsstrafen zu entscheiden hätten. Ein Freispruch war also von vornherein nicht vorgesehen. Wie auch der Landser-Prozeß in Berlin zeigte, sind derartge Prozesse unter rechtsstaalichen Gesichtspunkten äußerst bedenklich. Gegen fünf Angeklagte steht noch ein Prozeß an. Außerdem wurde an ca. 20 Leute Schreiben versandt, in denen die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbuße von 500 - 1500 EURO angeboten wird und ein Ende ist demnach nicht in Sicht.
Abschließend sei betont, daß ein solches Verfahren, in dieser Dimension für den Betroffenen Arbeitslosigkeit und erhebliche soziale oder finanzielle Nachteile bedeuten können.

„Der Vorsitzende Richter machte uns daraufhin unmißverständlich deutlich, daß wir uns in der Frist einer halben Stunde zwischen Haft- oder Bewährungsstrafen zu entscheiden hätten. Ein Freispruch war also von vornherein nicht vorgesehen.“



Der demographische Faktor:

Die Deutschen sterben aus

-Ein Plädoyer für eine Wende in der Familienpolitik-

Erwähnt wird er nur im Zusammenhang mit dem Finanzloch bei der Rente und dargestellt wird er als unabwendbares, gottgewolltes Schicksal:
Der demographische Faktor, der besagt, daß die deutsche Volksgemeinschaft überaltert, sich das Zahlenverhältnis zwischen Jung und Alt immer stärker zugunsten der Alten verschiebt. Dies löst natürlich Probleme bei der Rentenversicherung aus, denn wenn immer mehr Rentner auf immer weniger arbeitende Beitragszahler kommen, steigt der Beitragssatz zwangsläufig in unakzeptable Höhen. Wird das Verhältnis zwischen den Generationen auf den Kopf gestellt, gerät der Generationenvertrag aus den Fugen, der beinhaltet, daß eine arbeitende Mehrheit für eine angemessene Versorgung der Rentner zahlt. Eine gewisse Abhilfe wäre geschaffen, wenn eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik unsere 4 Millionen Arbeitslosen in Lohn und Brot brächte, 4 Millionen zusätzliche Beitragszahler würden die Rentenkassen spürbar entlasten. Eine Arbeitnehmerbeteiligung am Betriebskapital als zusätzliche Altersversorgung wäre ein sinnvoller Weg zur Rentensicherung, der den Arbeitnehmern Gewinnbeteiligung und Mitspracherechte im eigenen Betrieb einbrächte und somit die Motivation der Mitarbeiter steigern könnte. Doch wie immer man auch die Rente zu sichern versucht, an einer Erkenntnis führt kein Weg vorbei: Das deutsche Volk überaltert immer mehr und konsequent ausgedrückt bedeutet dies: **Das deutsche Volk stirbt langfristig gesehen aus!** Unsere Herren Politiker geben dies ja auch offen zu, wenn sie weiterer Zuwanderung zur Füllung der deutschen Nachwuchslücke das Wort reden, Zuwanderung sichere die Rente ist das Ammenmärchen, daß uns hier erzählt, aber auch in der x-ten Wiederholung nicht wahrer wird.
Die Wahrheit nämlich ist, daß die Rentenkassen nur durch beitragszahlende Arbeitnehmer entlastet werden und nicht durch Arbeitslose in jungen Jahren, die noch zusätzlich Sozialgelder kosten, da wir aber heutzutage keine Vollbeschäftigung haben, sondern unter Arbeitslosigkeit leiden, ist Zuwanderung **grundsätzlich keine** Ent- sondern eine Belastung unserer Sozialkassen. Hierzu kommt ein zweiter Aspekt: Das Grundgesetz verpflichtet dazu, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu wahren. (BVG-Urteil 1987)
Schon deshalb kann es kein statthafter Weg sein das deutsche Volk langsam aussterben zu lassen und den Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung aufzufüllen. Stattdessen stellt sich zunächst die Frage: Warum bleibt der deutsche Nachwuchs aus? Die Antwort besteht aus einem ganzen Bündel von Mißständen, die dem deutschen Volk den Kinderwunsch vergällen. Es beginnt mit dem leidigen Wohnungsproblem für junge Familien. Gerade in Ballungszentren ist es vielfach kaum möglich, eine Wohnung in familiengerechter Größe zu einem, für Werktätige, bezahlbaren Preis zu finden. Hierzu kommt häufig eine kinderfeindliche Haltung der Nachbarn so, daß wohnungssuchende Familien mit Kindern oft abgelehnt werden. Weiterhin erfordert eine verantwortungsvolle Kindererziehung, daß ein Elternteil zumindestens während der ersten Jahre zu Hause bleibt. Die Höhe des derzeitigen Kindergeldes erlaubt die Erziehung von Kindern jedoch keineswegs. Sie deckt nicht einmal die durch ein Kind entstehenden Mehrkosten, geschweige denn die höheren Wohnungskosten und vor allem nicht den Verdienstausfall der Mutter oder des Vaters. Hinzu kommt nach der Erziehungszeit das Problem der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Kindergartenplätze und Freizeiteinrichtungen für größere Kinder sind ebenfalls häufig Mangelware. Kinder, vor allem mehrere, zu haben ist heutzutage ein absolutes Armutsrisiko. Doch mit diesen handfesten Problemen nicht genug. Zusätzlich zu allen praktischen Schwierigkeiten, die künftigen Eltern in den Weg gelegt werden, erodiert unsere Politik und Gesellschaft das Bild der mit Kindern gesegneten Familie auch noch auf psychologische Art und Weise. Propagiert wird die egoistische Spaßgesellschaft. Es ist modern, sich selbst zu verwirklichen und nur zu tun, was einem Spaß bringt – Verantwortung für Kinder hat dort keinen Platz. Daß Kindersegen auch Erfüllung bedeuten kann, fällt unter den Tisch. Die emanzipierte Frau darf keine Mutterrolle spielen, wieviel Schönes dabei verlorengeht, wird verschwiegen. Schlimmer noch – der Staat stellt homosexuelle Lebensformen, per definitionem naturwidrig und unfruchtbar, quasi der Ehe gleich, die doch eigentlich die Keimzelle der Familie sein sollte. Gleichzeitig legalisiert der Staat die Tötung ungeborenen Lebens, daß im Falle der sozialen Indikation als billige Problemlösung einfach entsorgt wird, statt der werdenden Mutter die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Kind auszutragen. Hierbei grenzt die staatl. Verantwortungslosigkeit an Mord. Insgesamt ist ein Klima entstanden, daß eindeutig gegen den Wunsch nach Kindern gerichtet ist. Dabei sind die Kinder die Zukunft eines jeden Volkes. Zusammenfassend läßt sich folgender Vorwurf erheben. Mann schafft Bedingungen, die immer mehr Menschen auf Kinder verzichten lassen, läßt damit das eigene Volk schleichend aussterben, stellt dann

Amerikanische Verhältnisse, Züchtung der Exotenfamilie Deutschland



logischerweise eine Überalterung des Volkskörpers fest und füllt die Lücke mit Zuwanderung, statt etwas an den Rahmenbedingungen zu ändern und eine höhere Geburtenrate zu fördern. Diese Politik scheint weitgehend den Tatbestand des Völkermordes am eigenen Volk zu erfüllen. Sie muß das nicht nur wegen der Rente. Zunächst ist jeder jungen Familie das Grundrecht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum einzuräumen – wo diese Wohnungen fehlen, müssen sie schleunigst gebaut werden, was nebenbei Arbeitsplätze schaffen würde. Gleichzeitig ist das Kindergeld soweit anzuheben, daß es den Verdienstausfall des mit Erziehungsarbeit beschäftigten Elternteils zumindest bis zu einer großzügig bemessenen Kappungsgrenze und die zusätzlichen Kosten der Kindererziehung deckt. Sind die Kinder dann größer, sind für diejenigen Familien in denen die Mutter oder der Vater wieder arbeiten gehen, flächendeckend Ganztagesschulen bzw. Nachmittagsbetreuung durch einen neuzugründenden deutschen Jugendbund anzubieten, in dem Kinder und Jugendliche unter Aufsicht ihre Freizeit mit Sport und Spiel selbst gestalten können. Die betreffenden Elternteile müssen im Rahmen des Rechtes auf Arbeit durch ein staatliches Förderprogramm wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dabei sind auch Teilzeitstellen zum fließenden Übergang von der Erziehungs- zur Erwerbsarbeit anzubieten. Kinderreichtum darf nicht nur kein Armutsrisiko mehr seiner muß statt eines sozio- ökonomischen Nachteils zum Vorteil- zumindest jedoch gleichgestellt werden. Zugleich ist ein grundlegender gesellschaftlicher Klimawandel vonnöten: Die kinderreiche Familie darf nicht mehr als asozial, sie muß als Modell gelten. Erziehungsarbeit muß endlich wieder als vollwertige Arbeit anerkannt werden. Modellen wie die Homo-Ehe dagegen gehören schnellstmöglich abgeschafft. Die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs ist streng auf die medizinische und kriminologische Indikation zu beschränken. Alle politischen Maßnahmen, die hier erläutert werden, sind natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Doch jede Volksgemeinschaft muß in ihre Familien investieren, wenn sie eine Zukunft haben will. Wer Kinder hat, erfüllt eine wichtige soziale Rolle und hat Anspruch auf gesellschaftliche Solidarität. Nur so können wir eine Wende zum Besseren erreichen und besagten Völkermord mit eingebautem Rentendesaster noch verhindern.

Björn-Christopher Marc Inigo Balbin

-Sozialkritisches, kurz und knapp-

Einsparung bei „Ost“ Förderung

-Die Sozialreaktion schlägt weiter zu-

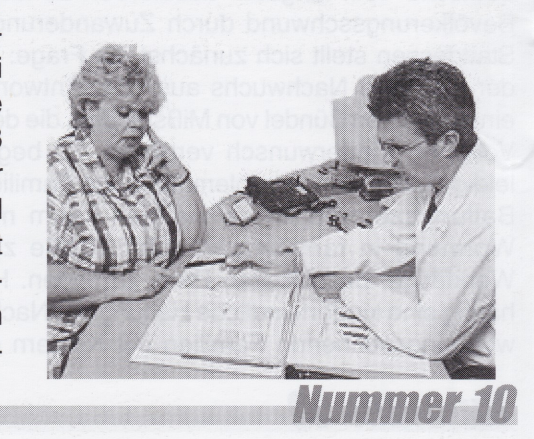


Die Rot/Grüne Koalition, mit Sitz in Berlin, will einsparen wo es nur geht. Der Rotstift der etablierten Politikerkaste wird genau dort angesetzt, wo durch soziale Probleme und Unruhen, bekannterweise, der Kessel schon am dampfen ist. In Berlin ist man sich einig darüber die „Ost“ - Förderung im kommenden Jahr um 100 Millionen Euro auf nun 600 Millionen Euro zu kürzen. Etwa 700 Millionen Euro wurden bislang jährlich für die „neuen“ Bundesländer bzw. Mitteldeutschland zur Verfügung gestellt.

Hintergrund der Kürzungspläne sind die Sparvorgaben von Bundesfinanzminister Eichel (SPD). Der totale Kahlschlag der Bundestagsfraktion geht weiter, dem Land MV stehen nach dieser Rechnung im nächsten Jahr etwa 115 - 120 Millionen Euro zur Verfügung. Dies sind rund 10-15 Millionen Euro weniger als 2003. Welche Folgen diese Kürzungen für das sowieso strukturschwache MV haben werden ist sehr einfach einzusehen. Durch die weniger zur Verfügung stehenden Finanzmittel wird der wirtschaftliche „Aufschwung“ noch weiter erdrosselt. Weitere soziale Unruhen werden die Folge für Mecklenburg und Vorpommern.

In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ wetterte Peter Vetter als Präsident des Sozialverbandes Deutschland gegen die sozialreaktionäre Politik von Bundesregierung und Opposition. Als eine Folge der Gesundheitsreform würden Arme früher sterben müssen. Die geplanten Einschnitte würden dem schon jetzt belegbaren Trend „*endgültig zum Durchbruch verhelfen und so zur bitteren, weit verbreiteten Wahrheit in Deutschland werden lassen*“. Viele Geringverdiener sowie die meisten Sozialhilfeempfänger und Heimbewohner können sich künftig Arztbesuche, Medikamente oder Zahnersatz nicht mehr leisten. Für sie gibt es – anders als bisher – keine Befreiungen von den Zuzahlungen. Nach den Worten des Verbandspräsidenten ist dies ein sozialer Skandal, da der Staat seiner Aufgabe nicht mehr nachkomme, eine medizinische Versorgung für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. So müßten auch pflegebedürftige Heimbewohner, denen oft nur ein Taschengeld vom Sozialamt in Höhe von monatlich weniger als 90 Euro zur Verfügung steht, die Zuzahlungen leisten, erläuterte Vetter. Wer krank sei und auf dem Land wohne, den treffe die Regelung besonders hart, daß Taxifahrten zum Arzt künftig nicht mehr erstattet würden. Gehbehinderte und viele ältere Menschen könnten meist keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, um zum Arzt zu kommen. Im Gesundheitsreformgesetz ist vorgesehen, daß grundsätzlich bei allen Leistungen 10 % – mindestens 5 und höchstens 10 Euro – zugezahlt werden müssen. Für alle Zuzahlungen gilt die Höchstgrenze von 2 % des Bruttoeinkommens, bei chronisch Kranken 1 %.

Quelle:www.die-kommenden.net



Mitteldeutscher Widerstandsreporter

Unser Kampf gegen die Wehrmachtsschau



Als Anfang des Jahres 2003 bekannt wurde, daß die Anti-Wehrmachtsausstellung nach Mecklenburg Vorpommern kommen soll, war für die politischen Aktivisten vor Ort natürlich klar: „Wir stellen uns mit allen Mitteln gegen diese Ausstellung!"
Daraufhin wurde eine großangelegte Kampagne gestartet, wie ich sie in der Form noch nie erlebt habe. Dank vieler Kameraden aus ganz Deutschland und vor allem dank der fleißigen Aktivisten aus Pommern und Mecklenburg ist diese Kampagne mit dem Namen „Opa war in Ordnung" ein voller Erfolg geworden. Vom jungen Kameraden, der nachts Propagandaplakate geklebt, hat bis zum Aktivisten, der sich Tag und Nacht daran gemacht hat, Finanzierungsmöglichkeiten zu finden und Propaganda herzustellen, haben alle ihren Teil dazu beigetragen, daß diese Kampagne zum Erfolg und die Ausstellung ein Reinfall für die Initiatoren wurde.

Die Propaganda

Es standen zu dieser Kampagne insgesamt 70.000 Flugblätter sowie mehrere 1000 Plakate und 10.000 Aufkleber zur Verfügung. Der Tenor war bei allen gleich: „OPA WAR IN ORDNUNG". Das Material konnte dank der finanziellen Opferbereitschaft einiger Einzelpersonen und vor allem dank der Kameradschaften und Aktivistengruppen unter dem Herstellungspreis herausgegeben werden. In den pommerschen Städten wie Wolgast, Anklam und Ueckermünde verging fast kein Tag, an dem kein Plakat oder Aufkleber angebracht wurde. Die Straßen



Pommersche Aktionsfront

wurden mit riesigen Lettern bemalt... überall war es zu lesen OPA WAR IN ORDNUNG! Jeder einzelne Tag der Ausstellung wurde also durch Propagandaaktionen irgendwo in Mecklenburg und Pommern begleitet. Die Kameraden der NPD in Stralsund glänzten nicht nur durch ständige Anwesenheit sondern entwarfen obendrein noch eigene Plakate, die kurzerhand vor der Ausstellung angebracht wurden.
Außerdem gab es leuchtend rote T-Hemden die für sozialistische 10 T•uro verkauft wurden und reißenden Absatz gefunden haben. Auf der Demonstration in Wolgast am 26.06.03 war ein Großteil der Teilnehmer in den Hemden zu sehen. Das zuständige Ordnungsamt hatte uns nicht verboten in einheitlichen T-Hemden aufzumarschieren und somit war die Sensation perfekt. In der zweiten Demonstration vom 02.08.03 in Peenemünde mußte diese Erlaubnis vor Gericht erstritten werden.
Bei jedem Infostand und auch bei einer stattfindenden Sitzblockade sowie fast allen anderen öffentlichen Protestaktionen wurde das T-Hemd getragen.

Die Aktionen

An jedem Wochenende zwischen dem 25.07.03 und dem 30.08.03 fand ein Infotisch direkt vor dem Ausstellungsgelände statt. Es waren Holztafeln aufgestellt, die in Bildern die Verbrechen der Roten Armee sowie der Alliierten Mörder an den deutschen Soldaten und der deutschen Zivilbevölkerung zeigten. Des weiteren waren dort Bilder, auf denen zu sehen war, wie die Soldaten unserer Wehrmacht die Zivilbevölkerung in den Oststaaten behandelt haben und wie beispielsweise verletzte russische Soldaten versorgt wurden.
Auf einer dritten Tafel waren einige Fotos zu sehen, die in der Ausstellung des Herrn Reemtsma gezeigt wurden und welche zum Teil durch Fachleute und zum Teil durch bloßes Hinsehen als Fälschungen entlarvt wurden. Anbei wurden Bücher weit unterm Ladenpreis verkauft, themenbezogenes Material der „Unabhängigen Nachrichten" sowie „Der Insel Bote" ausgelegt. Es gab Anstecker und einen extra angefertigten Tonträger zum Herstellungspreis zu kaufen.
Das beste Propagandamittel bei unseren Infotischen war jedoch das persönliche Gespräch mit den Bürgern und so konnte man einigen klar machen: „Diese Ausstellung verunglimpft unsere Großväter und beschmutzt die Ehre des gesamten deutschen Volkes sowie aller Freiwilligen, die einst für Europas Freiheit gestritten haben."
Kontinuierlich wurde vor der Ausstellung Propagandamaterial verteilt. Die Aktivisten standen mit Transparenten an der Straße und durften sich des öfteren mit ewig unbelehrbaren Polizisten begnügen. Wie bereits erwähnt wurden ständig Plakate und Aufkleber geklebt. Außerdem wurden spezielle Flugblätter für anreisende Schulklassen und direkt für die Schulhöfe erstellt. Die Jugendlichen wurden mit dem Schriftstück direkt angesprochen und nicht mit kompliziert gefaßtem Propagandamaterial bombardiert. Die Redaktion der volksnahen Zeitschrift „Der Insel Bote" versendete insgesamt 140 Briefe an alle Schulen und andere pädagogische Einrichtungen, in denen sie die Lehrer und Erzieher aufforderten, ihre Schüler nicht zu dieser Ausstellung zu schicken.
Die beiden Demonstrationen in Wolgast und Peenemünde waren nicht weniger wichtig als alle vorhergegangenen Aktionen.
Bei der in Wolgast stattfindenden Demonstration gab es keinen Widerstand der Linksfaschisten und die Anwohner der Stadt Wolgast konnten einmal mehr sehen, daß die revolutionäre Jugend Deutschlands weitaus besser ist als ihr Ruf, den die Medien durch ihre Propagandamaschinerie ins Volk trägt. Mit Trommeln und wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen wurde an diesem sonnigen Julitag mit über 500 Mann demonstriert.
Die Demonstration in Peenemünde sollte nun doch einige Kinderfaschisten des örtlichen Bündnisses „Bunt statt Braun" um Piet Oltman aus Kamp und der Linksfaschistischen PDS-Jugendgruppe um Lars Bergemann aus Wolgast anlocken.
In konterrevolutionärer Manier demonstrierten sie gegen den Aufmarsch und verbrüderten sich mit den Hetzern und Initiatoren der Wehrmachtsschau. Unbeeindruckt und ungestört konnte der Marsch durch Peenemünde durchgeführt werden. Ein beachtenswerter Redebeitrag von Heinz Mahncke war wohl der Höhepunkt der Veranstaltung. Leider waren die Teilnehmer der Demonstration mehr schlecht als recht bekleidet und das auftreten der Kameraden mag manchen Volksgenossen mehr als Übel aufgestoßen sein. Dieses Thema ist allerdings umstritten und würde bei

einer Ausführung in diesem Heft mal wieder zu einem Streit führen, der alle politischen Aktivitäten in den Schatten stellt und damit extrem kontraproduktiv(!!) wäre.
Während der Kampagne machten sich zwei Kameraden aus Mecklenburg daran, eine weitere Propagandawaffe einzusetzen. Die Musik. So wurden auf den völlig überfüllten Strandpromenaden der Seebäder auf der Insel Usedom mit einer Klampfe Soldatenlieder des renommierten Liedermachers Frank Rennicke nachgesungen. Anbei wurden Flugblätter verteilt und alles in allem war auch diese Aktion störungsfrei und vor allem erfolgreich verlaufen.

Die Reaktion der „Reaktion"

Die erste Veranstaltung reaktionärer sowie linksfaschistischer Kräfte sollte ein Kulturfest in Wolgast sein, um die Bürger aus den Wohngebieten zu holen, wo am selben Tag „die Nazis" demonstrierten. Zu diesem Kulturfest kamen vielleicht 50 – 70 Menschen von den rund 15 000 Wolgaster Einwohnern. Laut Veranstalter »Lars Bergemann« eine erfolgreiche Veranstaltung!? Auf dieser „erfolgreichen" Veranstaltung vergriff sich der Wolgaster Bürgermeister Jürgen Kanehl (SPD) im Ton als er sagte: *„...es ist kein Zufall, daß der Veranstalter dieser Demonstration, hier in Wolgast, eine rechte Gruppierung um Michael V. ist, die sich Initiative >Schöner wohnen in Wolgast Nord< nennt. Insofern paßt es ins Bild, daß diese angebliche Bürgerinitiative sich bisher nur dadurch zu Wort gemeldet hat, indem sie Wolgaster Bürger und Bürgerinnen zum Protest gegen ein geplantes Asylbewerberheim aufrufen. Sie stehen aber in der Tradition verbrecherischer Nazis, wenn sie an das geplante Asylbewerberheim in großen Lettern schmieren >Lichtenhagen.. Solingen... Mölln... Wolgast?<! Dies ist im Grunde nichts anderes als eine offene Aufforderung zum Mord..."*
Außerdem merkte Jürgen Kanehl an, daß es in Deutschland Menschen gibt, die wieder einen *„NS-Staat installieren"* wollen.
Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurden in der Stadt Wolgast ungefähr 120 Plakate aufgehängt, die mit üblichen Zivilcourage-Verlockungen die Bürger der Stadt zum Kulturfest bewegen sollten. Nach exakt zwei Tagen waren alle Plakate entweder zerstört, unkenntlich gemacht oder gar verschwunden. Wer dies getan hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Des weiteren sollten auf einer Diskussionsveranstaltung zwei Menschen jüdischen Glaubens anreisen. Soziologie-Professor Natan Sznaider vom Academic College of Tel Aviv und Günther Jacob aus Hamburg sagten allerdings kurzfristig ab, da man befürchtete, die gewalttätigen Neonazis würden die Veranstaltung stören. Man glaubt, daß die Menschen in der Region Ostvorpommern die „braune" Weltanschauung billigen und sogar fördern. Außerdem sei der Ort Peenemünde historisch untauglich, da er als Forschungszentrum durchaus Positives, im Bezug auf Raumfahrttechnik, hervorgebracht hat. Man solle in Zukunft doch lieber „Orte der Schuld" als Platz für die Ausstellung und etwaige Diskussionsrunden wählen.

Die Mithilfe

Wir danken allen Kameraden, die vor Ort an dieser Kampagne aktiv mitgewirkt haben. Unter anderem aus Ueckermünde, Anklam, Insel Usedom, Wolgast, Lassan, Greifswald und Stralsund. Außerdem beim Arndt-Verlag, Germania-Verlag, bei Frank Rennicke, Rüdiger Kahsner, den fleißigen Mitarbeitern und Unterstützern des Nationalen Medienverbundes, vielen Netzbetreibern und Heftemachern, die unseren Aufruf veröffentlicht haben, Spendern und Unterstützern, bei den Kameraden und Kampfgenossen aus der Mark Brandenburg

Terminplaner des nationalen Widerstandes

LEIPZIG

Hinaus zum 1. Mai
„Gegen Globalisierung und EU-Osterweiterung!"

Wann+Wo
01.05.2004 Leipzig
Startpunkt+Uhrzeit
12.00 Uhr, Hauptbahnhof (Ostseite)
Veranstalter: parteifreie nationale Kräfte
Weitere Informationen:
www.1Mai.net

BERLIN

Hinaus zum 1. Mai
„Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn"

Wann+Wo
01.05.2004 Berlin
Startpunkt + Uhrzeit
11 Uhr, Berlin-Ostbahnhof
Anreiseinfos:
www.npd.de
Aktionsbüro Norddeutschland
Infos zum Thema:
www.npd.de
www.widerstandnord.com

Den revolutionären Aktivismus (ver)-stärken!

Auch wir gratulieren!

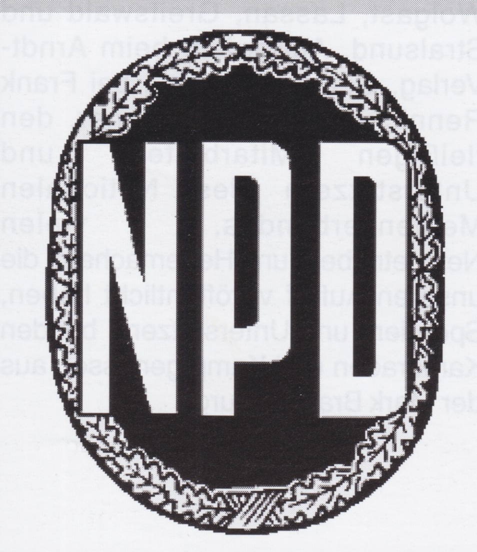
NPD zieht in Kreistage ein

Brandenburg -

Die nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat nach aktuellem Stand den Sprung in die Kreistage Oder-Spree, Prignitz und Oberhavel geschafft. Die NPD kandidierte erstmals in den drei Kreisen; ferner in Deutschlands der Fläche nach drittgrößten Stadt Wittstock zur Stadtverordnetenversammlung. Überall dort, wo Nationaldemokraten zur Wahl angetreten sind, werden sie künftig Mandatsträger stellen. Die NPD setzte in diesem Wahlkampf nicht auf spektakuläre Aktionen, sondern auf das Gespräch mit Jungwählern und Enttäuschten, die in den Altparteien keine Ansprechpartner mehr sehen. Die NPD-Pressestelle Brandenburg wird in einer gesonderten Mitteilung die besten Ergebnisse sowie die NPD-Mandatsträger vorstellen. Weiter Informationen entnehmen Sie bitte den NPD-Bundesseiten www.npd.de oder dem Infotelefon 0171-4 60 41 94.

gez.

Klaus Beier Berlin, den 27.10.03
NPD-Bundespressesprecher



Berlin, den 06.012.03

-Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen!-

Die Demonstration, die unter dem Motto „Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen“ stand und von Berlin-Rudow nach Berlin-Schöneweide führte, endete ohne nennenswerte Zwischenfälle am Nachmittag mit einer Abschlußkundgebung vor dem Bahnhof Schöneweide. An der Veranstaltung, die die Berliner Alternative Süd-Ost organisiert hat und die von zahlreichen Gruppen aus Berlin, Brandenburg und Pommern unterstützt wurde, beteiligten sich zwischen 250 und 280 Teilnehmer. Nach anfänglichen Verzögerungen bei der Anreise (die BVG stellten kurzzeitig den Busverkehr ein) wurden einige Teilnehmer mit einem Sonderbus zum Sammelpunkt gebracht. Der Demonstrationszug setzte sich mit etwas Verspätung gegen 11.30 Uhr im Berliner Ortsteil Rudow Richtung Johannisthal in Bewegung. Das Medieninteresse an der Veranstaltung war außerordentlich hoch. Auf der Zwischenkundgebung gingen zwei Redner auf die Zustände in den Jugendeinrichtungen in Berlin ein und kritisierten die zunehmende Ausgrenzung von Jugendlichen aus derartigen Einrichtungen. Auf der Abschlußkundgebung ging ein Sprecher der Berliner Alternative Süd-Ost noch einmal auf die Vorgänge um das Kulturkaffee Brücke 7 ein, das von einem SPD-Mitglied betrieben wird. In dieser Einrichtung fanden in diesem Jahr mehrere Diskussionsveranstaltungen zwischen nationalen und linken Jugendlichen statt, was jedoch zum Widerstand von PDS und Antifa führte. Gegen 14.45 Uhr endete die Veranstaltung am Bahnhof Berlin-Schöneweide.

Neben den Sondereinheiten der Berliner Polizei waren auch „Spezialkräfte“ der Brandenburger Polizei anwesend. So überwachten nicht nur die Angehörigen der Berliner Spezialeinheit „PMS“ die Teilnehmer, sondern auch die Brandenburger Anti-Rechts-Einheit



„MEGA". Erfreulicherweise bot kein Teilnehmer der Veranstaltung Anlaß zum Einschreiten dieser „Spezialisten". Besonders erfreulich war die rege Teilnahme der Jugendlichen, die in den vergangenen Wochen immer wieder Opfer schwerer Repressionsmaßnahmen seitens der Berliner Polizei geworden sind.
Während der Demonstration wurden die Teilnehmer und Polizeibeamten mit Steinen und Eiern angegriffen, verletzt wurde dabei zum Glück niemand. Am Rande der Veranstaltung wurde ein Jugendlicher, der von der Antifa offenbar als „Rechter" eingestuft wurde, von etwa 15 Personen angegriffen, gegen ein Polizeifahrzeug geschleudert und durch die Straßen gejagt. Die anwesenden Polizeibeamten griffen nicht in das Geschehen ein. Nach Ende der Demonstration wurde in der Nähe des S-Bahnhofs Treptow eine S-Bahn von etwa zehn Antifaschisten mit Steinen angegriffen. Hierbei durchschlugen Steine mehrere Scheiben eines S-Bahnzuges. Ein Kleinkind ist nur knapp den Steinwürfen entgangen, nachdem ein Mitreisender geistesgegenwärtig das Kind vom Sitz riß und in Sicherheit brachte. Ferner ist von Gegendemonstranten ein Supermarkt geplündert worden. In den vergangenen Wochen wurden immer wieder nationale Aktivisten von linken Gewalttätern angegriffen und bedroht. In einem Fall erlitt ein Jugendlicher dabei schwere Verletzungen, als er beim Verlassen der Wohnung von mehreren Vermummten krankenhausreif geschlagen wurde. In anderen Fällen wurden Scheiben von Wohnungen der Aktivisten eingeschlagen und Farbbeutel gegen Hausfassaden geschleudert. Die Polizei hat bisher keine erkennbaren Versuche unternommen, die linken Gewalttäter aus dem Umfeld der Treptower Antifa zu ermitteln.




Golm, Insel Usedom Heldengedenken 2003

Rund 170 nationale Sozialisten gedachten auch in diesem Jahr der toten deutschen Soldaten zweier Weltkriege. Das aufgebrachte Opfer dieser Männer und Frauen soll ewig uns mahnen und erinnern. Wollen wir handeln wir sie es einst taten!

Dresden

Montagsdemonstrationen gegen den Sozialabbau in unserem Land

Seit einigen Wochen finden nun auch in Dresden Protestaktionen gegen die endgültige Demontage unseres Sozialsystems statt. Angemeldet wurden die Demonstrationen von einem sogenannten „Bündnis gegen Sozialkahlschlag", was sich in der Tradition von den Montagsdemonstrationen von 1989 verstanden wissen will. Doch beim genaueren Betrachten dieses Bündnis` muß man feststellen, daß sich dahinter vorwiegend staatstragende Gewerkschaften und linkslastige Vereine befinden. Trotz alledem oder gerade deshalb entschlossen wir uns, uns bei diesen Demonstrationen anzuschließen. Denn man darf diesen Leuten das soziale Themenfeld nicht überlassen. Gab es am Montag, den 1. Dezember, noch eine Auseinandersetzung zwischen 15 Antifaschisten und zwei Nationalen Sozialisten, so führten wir die Demonstration am 8.Dezember schon mit unserem eigenen Transparent an. Die Reaktionen darauf überstürzten sich natürlich in gewohnter Weise und einschlägige Weltnetzseiten der Antifa und auch die Presse schäumten vor Wut. So kam nun die nächste Montagsdemonstration am 15.Dezember, die einiges versprach, wollte man uns doch von der Demonstration ausschließen. Doch wir stellten klar, daß wir uns nicht ausschließen lassen, denn das Versammlungsgesetz gilt auch für diese Leute. Und so traf man auf ca. 200 Leute, von denen man ca. 100 dem erzkommunistischen Flügel und der Antifa zurechnen konnte. Unserseits waren 15 Kameraden vor Ort, die zu allem entschlossen waren. In den Anfangsreden forderte man uns immer wieder zum Verlassen der Veranstaltung auf und begleitete die Forderungen mit den üblichen Hasstiraden. Dann setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung und sogleich auch die körperliche Reaktion der Kommunisten und Antifas. Man versuchte uns mit Gewalt aus dem Demozug zu entfernen, was aber an unserer Geschlossenheit scheiterte. Wir reagierten darauf vor allem mit Ansprachen über unser mitgeführtes Megaphon, was den Pöbel erst recht zum kochen brachte. Die Anmelderin selbst, Frau Renate Riedel, ging nun ebenfalls mit Gewalt gegen uns vor und zerstörte unser Megaphon, was

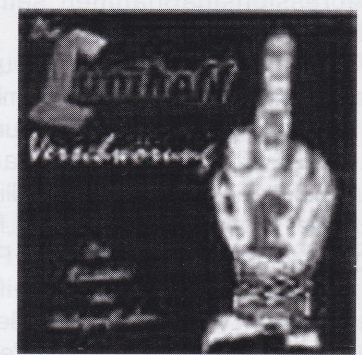
wir aller Gewalt zum Trotz leider nicht verhindern konnten. Nachdem man eingestehen mußte, dass wir uns ihrer Gewalt nicht beugten, wollte man die Demonstration sogar auflösen, wenn wir uns nicht entfernen würden. Doch auch hier zeigte sich der kommunistische Pöbel von seiner besten Seite, der Inkonsequenz. Und so marschierte man weiter, so auch wir. Begleitet nur noch von den üblichen „Nazis raus“ Rufen machten wir durch Sprechchöre auf das wahre Anliegen, nämlich gegen den Sozialabbau, aufmerksam. Gerade hier tun sich Parallelen zur unserer Geschichte auf. Gab es diese politischen Kämpfe schon in der Weimarer Republik, so sind diese nun wieder von Bedeutung. Denn der deutsche Arbeiter sucht wieder nach Antworten, nachdem dieser nun begreifen muß, daß der Abstieg dieses politischen Systems unaufhaltbar ist. Drum lassen wir uns von Begriffsverdrehungen nicht einschüchtern. Sozialismus ist nur auf nationaler Ebene machbar. Deswegen müssen wir Nationale Sozialisten den Arbeitern der Stirn und der Faust den Weg aufzeigen. Der Kampf um die Straße hat schon längst begonnen und nur der revolutionäre Ruf kann der Weg sein.

Dieser Tonträger war zur Zeit der Besprechung weder verboten, noch indiziert!

CD - Besprechung



Jetzt bei „Front Records“ bestellen!



Euro 15 Euro + Versand

Die Lunikoff Verschwörung

Die Rückkehr des Unbegreiflichen!

Die Bombe ist geplatzt...Wie es der Bandname schon verspricht, ist auch genau Der zu hören der drauf steht. Die genialste CD des Jahrtausends beginnt da, wo „Sänger in Ketten“ aufhört, diesmal sind es keine Balladen, sondern überwiegend schnelle Lieder. 15 nagelneue Lieder die man haben MUSS!!! Ist einfach ein Hammer, mehr braucht man nicht sagen. Außerdem ein geniales Beiheft mit Poster. Bisher gabs keine musikalisch und textlich bessere CD!!! Wer das Teil verpaßt dem ist nicht mehr zu helfen!!!

Nationale Strukturen schaffen - Vernetzung ausbauen!

Aktionsbüros:

Aktionsbüro Mitteldeutschland - www.nwbb.org
Aktionsbüros Mecklenburg und Pommern -.www.aktionsfront.org
Aktionsbüro Norddeutschland - www.widerstandnord.com
Aktionsbüro Thüringen - www.aktionsbuero.tk
Nationaler Beobachter - www.nationaler-beobachter.de

Zeitschriften und Magazine:

Der Weiße Wolf, PF 1443 in 17224 Neustrelitz
Der Förderturm, PF 101006 in 45410 Mühlheim
Mitteldeutsche Jugendzeitung, PF 1203 in 17431 Wolgast
Der Panzerbär, PF 470149 in 09050 Chemnitz
UN / Unabhängige Nachrichten, PF 400215 in 44736 Bochum
Ostara, PF 101225 in 06512 Sangerhausen
Volk in Bewegung, PF 1337 in 74003 Heilbronn
Stimme der Heimat, PF 1147 in 17425 Bansin
DS - Deutsche Stimme, PF 100068 in 01571 Riesa

Jetzt abonieren!
Jetzt informieren!
Jetzt unterstützen!

Meine Angaben

Vorname:......................

Nachname:..................

Anschrift:....................

....

Telefon:........................

e-Post:..........................

Bankverbindung:

Postbank Hamburg,
BLZ.: 200 100 20
Kontonr.: 266 649 206
Inhaber: M.Kutschke

Noch Fragen?

Postfach: 1153, in
17420 Heringsdorf,
e-Post.:
ft-versand@web.de
Tel.:
0175 / 60 34 74 3

Einzelausgabenbestellung:

Ich bestelle ....Ausgaben des Fahnenträger Nummer 10 zum Preis je Exemplar nach nebenstehender Mengenstaffel.

Abo - Bestellung und Förderabo:

Ich möchte den Fahnenträger für 20 TEuro inkl. Porto für 5 Ausgaben abonnieren.

Ich möchte euch unterstützen und bestelle deshalb das Förderabo zum Preis von 25 TEuro. Laufzeit ebenfalls 5 Ausgaben. Portokosten inkl.

Bezahlungsweise:

0 in Bar
0 per Überweisung
0 per Verrechnungs-scheck

0 Förderabo
0 Normal - Abo

Staffelbezugspreise für Kameradschaften, Versände und Weiterverkäufer:

10 - 20 Exemplare: je 2,30,
21 - 50 Exemplare: je 2,10,
51 - 200 Exemplare: je 1,90

Datum und Unterschrift:

Die national - publizistische Front stärken!

Im Gespräch mit Aktivisten der

ANTI ANTIFA

„Süddeutschland“



Die Anti-Antifa (A-A) Aktivitäten mehren sich in nationalen Strukturen bundesweit. Seit Jahren sind Aktivisten bemüht, mehr über die gewaltbereite Szene der Antifa zu erforschen. Das Aufdecken antifaschistischer Strukturen und das Erkennen von Zusammenhängen zwischen gewaltbereitem Mob und in der Öffentlichkeit stehenden Personen stellen die Schlüsselpunkte der A-A - Aufklärung dar. Aus diesem Grund wollen wir in Verbindung mit einem Zwiegespräch die Arbeitsweise der A-A durchleuchten. Für dieses Gespräch stehen uns die Kameraden der A-A „Süddeutschland“ zur Verfügung.

1. Liebe Kameraden! Erklärt uns bitte zuerst die Begriffe Faschismus und Antifaschismus und den daraus resultierenden Anti-Antifaschismus.

In der Begriffsbestimmung was Faschismus ist, bestehen zwischen uns und der antifaschistischen Szene in der BRD gravierende Unterschiede. Wir leiten Faschismus traditionell nicht aus deutscher Ideengeschichte ab. Faschismus ist das, was in Spanien oder Italien bekannt wurde. Der in Deutschland bekannt gewordene Nationalsozialismus weist zwar ideologisch einige Gemeinsamkeiten auf, wobei in der Beziehung untereinander aber auch elementare Unterschiede bestehen (Organisierung des Staates, Rassenfrage usw.). Der traditionelle Antifaschismus der Linken war und ist eine Kampfansage an alle, die in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts den Kommunismus als heilsbringende Idee entschieden ablehnten. Der Begriff: Antifaschismus ist daher für uns zwar widersprüchlich, aber als etablierte Terminologie antideutscher Kreise heute noch geläufig.
Natürlich hat sich der sog. Antifaschismus der zwanziger Jahre zu den heutigen Inhalten erheblich geändert. Ein „Deutschland Verrecke!“-Slogan auf den Transparenten hätte es damals nie gegeben. Heute, nach Frankfurter Schule, Adorno und den zunehmenden antideutschen Elementen in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit ist so etwas aber leider möglich. Anti-Antifa verstehen wir daher auch mehr als einen politischen Kampfbegriff, um sich konsequent auf verschiedenen Ebenen gegen linkskriminelle Elemente in diesem System durch Aufklärung und Aktionen zur Wehr zu setzen. Anti-Antifa ist ein Resultat der militanten Übergriffe auf nationale Strukturen der letzten zwanzig Jahre, beginnend in der Alt-BRD und seit 1990 auch auf dem Gebiet von Mitteldeutschland.

2. Erklärt uns die Wichtigkeit der A-A Aufklärung.

Die Wichtigkeit sehen wir darin, unsere nationalen Strukturen zu schützen. Das heißt: Anti-Antifa ist nationale Selbsthilfe. Aufgrund der antinationalen Zustände in diesem System, wo sich militante Antifaschisten als Steigbügelhalter der BRD-Justiz immer offener zeigen und keinerlei Interesse von Seiten des Systems besteht, Gewalttaten gegen uns aufzuklären und die Täter zu ermitteln, ist es aus Selbstschutzgründen notwendig, gezielt militante Linke und deren Strukturen zu ermitteln, um letztendlich die militante Antifa-Szene in ihrem Handeln einzuschränken. Bei der Anti-Antifa handelt es sich um ein Zweckbündnis, das nationale Politik nur soweit betreibt, als daß es - pauschal formuliert - gegen alles politisch „links“ stehende agitiert.
Wenn wir uns in unseren Publikationen auf das Wort „links“ beschränken, so meinen wir damit die antinationale Linke. Das heißt „links“ versteht sich in diesem Zusammenhang weniger als politische Richtung im Sinne des sozialistischen Gedankens, sondern ist vielmehr ein von uns als Kampfbegriff verwendetes Wort für die Freund-Feindbestimmung im Bereich Anti-Antifa.
Viele, die in der Anti-Antifa aktiv sind, verstehen sich selbst als links im Sinne sozialrevolutionärer Gedanken, andere wiederum als antisozialistisch.
Jeder national eingestellte Mensch sollte die Möglichkeit besitzen, sich im Rahmen der Anti-Antifa zu betätigen und man sollte darum bemüht sein, auch andere Menschen außerhalb dieses Spektrums zu gewinnen, die sich im bürgerlichen Milieu



bewegen und gedankliche Schnittstellen mit nationalen Ansichten aufweisen.

3. Wo und Wann ist diese Arbeit wichtig?

Immer dann, wenn sichtbar wird, daß antideutsche Personen und militante Antifas sich organisieren oder Öffentlichkeit herstellen und gegen nationale Strukturen vorgehen. Wenn sie z.B. in der Zeitung oder an Schulen nationale Menschen „outen“ oder jene, die sie dafür halten. Wenn sie unsere Veranstaltungsorte oder sogar Fahrzeuge und Personen angreifen, die sie nationalen Zusammenhängen zuordnen.
Spätestens dann sollte man sich mal lokal darüber Gedanken machen, wer hinter solchen Anschlägen und Aktionen steckt, wer diese deckt und wer solche Strukturen finanziert. Durch gezielte Aufklärung und Gegenaktionen kann man das Handeln der dafür verantwortlichen Antifas extrem einschränken und teilweise sogar zum Erliegen bringen.

4. Wie wird die A-A - Struktur aufgebaut und was ist ihr Ziel ?

Es gibt dafür kein bundesweites Rezept, da die Voraussetzungen der aktiven nationalen Kräfte lokal sehr unterschiedlich sind. Was für alle bei der Anti-Antifa-Arbeit gilt ist die Beständigkeit und Konspirativität. Geschwätzigkeit und Prahlerei sind bei der Anti-Antifa-Arbeit fehl am Platz. Am besten man benennt ein, zwei Personen einer aktiven Gruppe vor Ort, die bei den Linken nicht bekannt sind und denen man auch nicht gleich ansieht, daß sie unserem Spektrum zuzurechnen sind. Man sollte sich beständig alle regionalen Antifa-Blätter und Flugzettel besorgen und sich ein Diagramm der aktiven Gruppen und Personen erstellen.
Des weiteren Namen von linkskriminellen Elementen sammeln und Hintergründe über Finanzierung,
Treffpunkte usw. auch mal veröffentlichen, wenn die Daten gesichert sind. Beispiele solcher Tätigkeiten findet ihr auf unserer Internetseite. Es ist natürlich klar, daß man nicht gleich nach einem halben Jahr einen Überblick über die eigene lokale Antifa-Szene besitzt. Aber wenn man beständig und aufmerksam Daten und Infos sammelt, Leute hintergründig zu Antifas befragt und die Lokalzeitungen nach antideutschen Bestrebungen auswertet, bekommt man langfristig einen guten Datenstamm.
Linke verbergen sich auch gerne hinter pseudosozialen Vereinskonzepten. Wenn diese eingetragen sind, kann man sich über die Amtsgerichte die Vereinsverantwortlichen beschaffen. Das sind meistens langjährig aktive Autonome und/oder Antifas, die einen guten Ansatzpunkt für die eigenen Ermittlungsaktivitäten bilden. Grundsätzlich kann aber auch ein Linker - gewollt oder nicht - Informant, Zuträger und Mitarbeiter der Anti-Antifa sein. Z.B. irgend ein linker Kiffer, der an der Schule oder Arbeitsplatz, um sich wichtig zu reden, innere Strukturen preisgibt und Namen von aktiven Antifas nennt. Man sollte zudem mal im Bekannten- und Freundeskreis nachfragen, wer an irgendwelche nützliche Daten rankommt, z.B. Polizisten, Justiz- und Finanzbeamte, städtische Angestellte usw..
Das langfristige Ziel sollte sein, daß man bei sich vor Ort weiß, wer hier für antideutsche Politik verantwortlich ist und welchen Hintergrund diese Personen besitzen. Wer sie finanziert, wo sie sich treffen usw. Dann hat man Möglichkeiten auf Übergriffe zu reagieren. Durch die bloße Existenz einer aktiven Anti-Antifa-Gruppe in der eigenen Region werden die Aktivitäten der Antifas sehr oft zurückgedrängt, da sie wissen, daß sie auch bei unseren Kameraden/innen bekannt sind und selbst im Mittelpunkt von Gegenaktionen stehen können.

5. Beschreibt uns anhand einiger Beispiele wie Ihr vor Ort die Aufklärung umsetzt.

Wir schicken z.B. unbekannte Freunde und Bekannte in die linken Läden, um uns die aktuellen Infos dort abzuholen. Gern gesehen sind oft Frauen. Manchmal sind die auch nach ein paar Besuchen schon bekannt und halten mit den Betreibern einen netten Plausch. Wir observieren zudem noch linke Treffen, Demos, filmen, fotographieren und führen die entsprechenden Daten zusammen.
Wir machen nachts auch Anti-Antifa-Sparziergänge, um die Häuser und Treffpunkte linker Personen und haben auch mal Glück, daß was von den Antifas weggeworfen wird, was sensible Daten enthält und uns in unserer Recherche weiterhilft. Auch die Geschwätzigkeit einiger linker Selbstdarsteller kommt uns da immer wieder zur Hilfe.
Gerade an den Schulen erzählen die immer wieder Details von linken Treffen, nennen Namen und lassen so Einschätzungen von wichtigen Personen in der Antifa-Szene zu. Selbstverständlich erzählen sie das nicht dem Skinhead oder dem bekannten NPD-Vorsitzenden, sondern anderen Schülern, die sie selbst für links oder zumindest „neutral“ halten.
Zur Zeit profitieren wir auch hier in der Region von der Auseinandersetzung der sog. Antideutschen mit denjenigen Autonomen und Antifas, die sich solidarisch zu Palästina verhalten und antizionistische Thesen öffentlich verbreiten.
Der Streit bei den Zecken untereinander ist schon so weit gediehen, daß im Autonomen-Zentrum „Schwarze Katze“ Bilder der sog. antideutschen Antifas aufgehängt wurden, um diese damit in der Szene zu denunzieren.
Das hat sogar dazu geführt, daß ein sog. Antideutscher uns aus Rache gegenüber den Antizionisten auf Umwege Infos über antizionistische Zecken zuspielte.
Solche Glücksgriffe sind aber eher selten. Die tägliche Aufklärungsarbeit ist zäh, langwierig, schwierig und fordert extreme Disziplin.

6. Vielen Dank für das Interview.

Wir danken dem Fahnenträger für die Interviewanfrage und würden uns freuen, wenn auch in anderen Regionen vermehrt wieder Anti-Antifa-Strukturen wachsen würden. Auch die Kameraden in Halle, Schleswig-Holstein und in der Uckermarck konnten durch die Anti-Antifa-Arbeit gute Erfolge erzielen und so ihre Strukturen nachhaltig schützen und dadurch die militanten Übergriffe und Antifa-Aktivitäten zurückdrängen.
Das sollte jedem Mut machen, der sich in diesem Teilbereich des Nationalen Widerstandes mehr einbringen möchte.

Banden bekämpfen!
ANTIFA und ANTIDEUTSCHE verbieten!



-Aus der Geschichte-

Wir kämpfen bis zum Sieg!

von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley



Das nachfolgende Dokument, niedergeschrieben von Dr. Ley, zeigt einmal mehr die politische und geistige Verwandtheit zweier ansonsten so unterschiedlicher Epochen deutschen Daseins und Ringens um das ewige Ziel. Das große Ringen um die Freiheit einer Nation und die sozialistische Revolution zur Schaffung einer Volksgemeinschaft, einer deutschen Volksgemeinschaft.

(der Schriftleiter)

Der Nationale Sozialismus ist die Lehre der natürlichen Gesetze der Vernunft und der Einsicht, die Lehre der Leistungen und der Gerechtigkeit, die Lehre der Lebensbejahung und der Lebensfreude, die Lehre der Gemeinschaft und der natürlichen Werte, mit einem Wort, der Nationale Sozialismus stellt in den Mittelpunkt seines Denkens den Menschen, seine Fähigkeit, sein Können, sein Glück und seine Schöpfungen, die menschliche Kultur, Schönheit und Würde des Lebens.

Die Plutokratie ist die Herrschaft des Geldes und Goldes, die Unterdrückung und Knechtschaft der Menschen, die Umkehrung aller natürlichen Werte und Ausschaltung der Vernunft und der Einsicht, das mystische Dunkel des Aberglaubens und des menschlichen Wahn- und Aberwitzes, die Gemeinheit menschlicher Triebhaftigkeit und Brutalität, mit einem Wort, die Vernichtung jeglicher menschlichen Ordnung und menschlichen Lebens. Diese beiden Welten stehen sich als unerbittliche Feinde gegenüber, zwischen ihnen gibt es keinen Kompromiß und keinen Ausgleich.

Wir Deutsche kennen die Unerbittlichkeit dieses Kampfes. Wir sind seit 20 Jahren als Nationale Sozialisten durch die Unerbittlichkeit unseres nationalistischen und sozialistischen Kampfes gegen die Plutokratie und gegen den Weltkapitalismus hart geworden. Wir sind von Kampf zu Kampf kompromißloser geworden.

Erstens wissen wir, worum dieser Kampf geführt wird, jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sind sich über die Hintergründe und die Ursachen dieses Krieges völlig im klaren. Die Partei wird nicht müde werden, die Gründe dieses Kampfes immer wieder dem deutschen Menschen einzuhämmern, und zweitens, wir sehen das Hochziel unseres Kampfes, wir kennen die Freiheit, die uns dieser Kampf nun endgültig bringen soll.

Weil wir die Schande und die Niederlage von Versailles bis zur Neige ausgekostet haben, können wir Deutsche die Freiheit so recht einschätzen und bewerten. Diese Freiheit lautet: Vernichtung des Kapitalismus; Ausrottung der Plutokratie, und damit die Voraussetzung schaffen, daß ein sozialistisches Deutschland gebaut werden kann.

Wir Deutschen leisten etwas, wir können mit Stolz und Selbstbewußtsein behaupten: Wir Deutschen haben der Welt ebensoviel gegeben, wie die Welt uns gab! Deshalb verlangen wir unseren Anteil an den Reichtümern der Welt, und wenn man sie uns vorenthalten will, wenn England glaubt, diese Reichtümer für alle Zeiten in Erbpacht genommen zu haben, sie nur den Völkern zugänglich zu lassen, die sich der englischen Weltherrschaft

unterwerfen, und die anderen – wie wir Deutschen -, die sich dieser englisch-kapitalistischen Despotie und Geldsacktyrannei nicht fügen wollen, durch Hunger und Blockade kirre *(zutraulich, zahm – Anm. des Schriftleiters)* und mürbe zu machen, so irrt es sich. Wir werden eben mit nationalistischer und sozialistischer Zähigkeit so lange kämpfen, bis dieser englische Lindwurm niedergerungen ist.

Dazu haben wir das deutsche Volk, insonderheit den deutschen Arbeiter, erzogen. Wir freuen uns, daß der deutsche Arbeiter Forderungen an das Leben stellt. Er soll besser wohnen und essen, sich besser kleiden, Freizeit genießen, in Urlaub fahren, reisen und wandern, Musik und Kultur verlangen. Er soll auch Hunger nach Land und Besitz bekommen, er soll sein Auto verlangen. Glaubt man, Kraft durch Freude, der Reichsberufwettkampf der deutschen Betriebe, die schönen Schiffe und Hotels, die Seebäder, der Volkswagen und vieles andere seien nur ein zufälliges Herumexperimentieren, vielleicht gar Verlegenheitslösungen und hilfloses Abtasten sozialer Probleme? Weshalb predigen wir immer wieder Volksgesundheit und gründen das Hilfswerk „Mutter und Kind"? Etwa deshalb, um ein humanitäres Wohlfahrtswerk mit Almosen und heuchlerischer Frömmigkeit in Gang zu setzen? Nein! Alles das ist ein klar durchdachtes politisches Wollen mit einer sicheren unumstößlichen Zielsetzung.

Das ist unser Sozialismus! Wir wollen dem Arbeiter die Schätze der Erde zeigen, er soll Sehnsucht darnach bekommen, und wir geben ihm die Kraft, den Kampf um diese Reichtümer zu wagen. Wir lehren ihn, daß keine Wunder geschehen, daß kein Manna vom Himmel fällt, wir wissen aber auch, daß es ohne diese motorische Kraft der Sehnsucht und des Wunsches keinen Fortschritt in der Welt gibt.

So ist es vom nationalen und sozialistischen Standpunkt kein Zufall, daß der ... gerade jetzt auf dem Höhepunkt des Ringens und Kämpfens um eine neue sozialistische Weltordnung auch die größte soziale Forderung, die Schaffung einer großzügigen Altersversorgung, aufstellt. Wer den nationalen Sozialismus nicht versteht oder nicht verstehen will, wird den Zeitpunkt für den Befehl des ... für wahn- und aberwitzig halten. Mitten im größten Krieg, während der schwersten Belastungsprobe, beginnen wir Deutschen das größte Sozialwerk aller Zeiten. Der ... hat mit seinem Auftrag noch einmal das Kernstück des Ringens zwischen dem nationalen und sozialistischen Deutschland und dem kapitalistischen England für jedermann sichtbar und erkenntlich aufgerichtet:

SOZIALISMUS gegen Kapitalismus.

Pressemitteilung vom 24.11.2003

Timm sieht Durchbruch für ein schärferes Versammlungsrecht

Jena/Schwerin (dpa/mv) - Im Ringen um eine Verschärfung des Versammlungsrechts ist nach Angaben von Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Gottfried Timm (SPD) ein Durchbruch erzielt worden. „Die Bundesregierung wird eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen, durch die rechtsextremistischen Ideologen die Verbreitung ihrer oft menschenverachtenden Parolen bei öffentlichen Aktionen erschwert wird", sagte Timm am Freitag nach der Innenministerkonferenz in Jena. Verbotsgründe für Aufmärsche würden präzisiert.

Pommern, Pressemappe zur Kampagne „Opa war in Ordnung"

Sämtliche Presseberichte der Aktionswochen zusammengefaßt in einer A4-Mappe. Außerdem viele Fotos und ein Rückblick unsererseits auf die zahlreichen Aktionen.
Außerdem haben wir eine Medien-CD mit Filmen, Fotos usw. beigelegt.
Zu beziehen, für 5 TEuro über:
PAF, Postfach 1203, 17431 Wolgast

>Leitfaden, aus dem Weltnetz<



Die bisherigen Definitionen des freien Nationalisten waren rein willkürlich, jeder war sich offensichtlich selbst überlassen und legte das Wort „frei" nach seinem persönlichen Belieben aus. Deshalb ist das Ziel dieses Leitfadens das Aufzeigen einer gemeinsamen Linie, die sich richtungsweisend als Handlungsgrundlage für alle freien Zusammenhänge des nationalen Widerstandes entwickeln könnte. Versteht diesen Leitfaden nicht als Dogma, sondern als richtungsweisende Handlungsgrundlage.

Widerstand gegen die herrschenden Zustände muß eine Geisteshaltung im Kopf jedes einzelnen Nationalisten werden!

Der Zustand des nationalen Widerstandes und damit freier Nationalisten war bisher gekennzeichnet durch ein mangelndes Selbstverständnis. Das Wollen von politischen Veränderungen war bei vielen Einzelnen zwar vorhanden, es drückte sich aber insgesamt betrachtet eher oberflächlich und uneinheitlich aus. Es wurde vorrangig Straßenaktionismus betrieben, ohne sich vorher ausreichend mit den zu erreichenden politischen Zielen auseinanderzusetzen, die in der Öffentlichkeit vertreten werden sollten. Eine Eigenpositionierung ist jedoch die Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches und einheitliches Auftreten freier Nationalisten in der Öffentlichkeit. Diese Eigenpositionierungen müssen durch Informationen und kontroverse Diskussionen über das betreffende Thema erarbeitet werden. Dadurch schafft man innerhalb der eigenen Reihen Identifikation und durch diese Identifikation wiederum politische Schlagkraft. Daran mangelt es innerhalb von Zusammenhängen freier Nationalisten, weil bisher oft der Wille fehlte, die eigene Bequemlichkeit zu überwinden. Es war bisher viel einfacher, sein politisches Gewissen mit schnellebigem Aktionismus zu befriedigen, als inhaltliche Positionierungen zu schaffen und diese entsprechend konsequent durchzusetzen. Gelang es in der Vergangenheit nicht, das politische Wollen inhaltlich zu definieren, blieb der Aktionismus eine leere Hülse ohne politische Breitenwirkung. Gleiches galt auch für die mangelhafte Vor- und Nachbereitung von Aktionen.

Tausende von Menschen nahmen an nationalen Demonstrationen teil, aber kaum einer fühlte sich dazu berufen, davor und danach die Inhalte für den Grund der Demonstration im gebührenden Maße in der Öffentlichkeit darzustellen. Die Chance, sich mittels einer nationalen Demonstration inhaltlich zu positionieren und somit überhaupt erst eine politische Wirkung zu erzielen, wurde oftmals gedankenlos verspielt. Eine schwerwiegende Folgeerscheinung der geschilderten Problematik war nicht selten die mangelhafte Basisarbeit. Wo bestenfalls zweimal im Jahr ein paar Plakate oder Flugblätter auftauchten, ließen sich nur schwerlich neue Interessenten für den nationalen Widerstand gewinnen. Demonstrationen heutiger Prägung befriedigen vielleicht ein latentes Grundinteresse von Außenstehenden, aber inhaltliche Überzeugungskraft kann von den Demos - nicht nur aufgrund der repressiven Umstände (z.B. weiträumige Absperrungen und schikanöse polizeiliche Auflagen) - . kaum ausgehen. Die oftmals nicht stattfindende inhaltliche Vorbereitung der Demo-Teilnehmer und die Aufklärung der Anwohnerschaft über den Demonstrationsgrund samt Pressearbeit an den Demonstrationsorten sind mindestens genauso ausschlaggebend für das allgemeine Desinteresse an den öffentlichen Auftritten von Menschen aus dem nationalen Widerstand. Die Entwicklung der letzten Jahre dokumentiert eindeutig und für jeden nachvollziehbar, daß die gewaltige Zahl an nationalen Demonstrationen letztlich keinen zählbaren personellen Aufschwung brachte. Anstatt mit Inhalten um die Deutschen vor Ort zu kämpfen, reisten gerade Führungskräfte Wochenende für Wochenende als Berufsdemonstranten quer durch die Republik und unterließen es meistens, die Verantwortlichen zu einer Vor- und Nachbereitung der Demonstrationen aufzufordern. In der Vergangenheit traten aber auch trotz unzureichender politischer Umfeldarbeit immer wieder neue Interessenten in die Reihen des nationalen Widerstandes. Die Betreuung dieser neugewonnenen Interessenten zeigte aber sogleich einen neuen Mißstand auf: In den meisten Fällen fehlte es am konzeptionellen Rahmen, um neue für die nationale Sache gewonnene Menschen wirklich sinnvoll und nach ihren persönlichen Fähigkeiten zu integrieren. Meist gerieten diese dann unvermittelt und unvorbereitet in den (straßen-) aktionistischen Kreislauf, ohne sich gleichsam mit den inhaltlichen Positionen des nationalen Widerstandes zu beschäftigen. Wir wollen diesen Kreislauf jedoch durchbrechen und den politischen Kampf zukünftig auch auf inhaltliche Schwerpunkte verlagern. Ohne diese zwingend notwendige Richtungsänderung wird sich an der hohen Fluktuationsrate innerhalb freier Zusammenhänge nichts ändern. Viele wertvolle und grundsätzlich opferbereite Menschen würden uns dadurch auf lange Zeit wieder verloren gehen. Es hat aber nicht selten den Anschein, daß Zusammenhänge freier Nationalisten von einigen Zeitgenossen nur als vorübergehender Abenteuerspielplatz betrachtet wurden, wo man sich zeitweilig nach Belieben austoben konnte, wenn gerade nichts anderes zur eigenen

Selbstdarstellung greifbar war. Eine nachhaltige Folge dieser meist unwidersprochenen Narrenfreiheit war u.a. die mangelnde Verbindlichkeit innerhalb nationaler Zusammenhänge. Ein jeder war meist so „frei“, auf allen Hochzeiten zu tanzen, aber nirgends eine feste politische Aufgabe anzunehmen und dabei kontinuierlich und verläßlich an der Weiterentwicklung und Verbreitung unserer politischen Ziele zu arbeiten. Der Vorteil einer organisatorischen Freiheit, sich als freier Nationalist über alle organisatorischen Abgrenzungen hinweg für alles engagieren zu können, was unseren Zielen nutzt, wurde bisher oft mit Verantwortungslosigkeit verwechselt und verkehrte sich so zum Nachteil für den nationalen Widerstand. Nicht wenige Aktivisten unterlagen in der Vergangenheit auch dem Irrglauben, daß der nationale Widerstand doch bitte schön froh sein darf, daß man überhaupt irgendwie innerhalb dieses Kreises tätig ist. Inwieweit diese Tätigkeiten an den Notwendigkeiten des nationalen Widerstandes ausgerichtet waren, wurde aber gerne außerhalb jeder Diskussion gestellt. Eine zielgerichtete Weiterentwicklung unserer politischen Protestkultur war deshalb mit dieser unverbindlichen Freizeitmentalität nicht möglich. Dafür entwickelte sich etwas anderes in diesem oberflächlichen Freizeitklima: Das Schwätzertum! Schwätzer und Selbstdarsteller profitierten in der Vergangenheit von der allgemeinen Unverbindlichkeit und Inkonsequenz. Einige unternahmen den Versuch, sich mittels der Aufmerksamkeit linker Systemmedien öffentlich zu profilieren, ohne sich wirklich für unsere politischen Ziele einzusetzen. Es wurde bislang kein ausreichendes Schutzbewußtsein gegen dieses Schwätzertum entwickelt, weil die Gefahren, die es in sich birgt, bisher nicht genügend wahrgenommen wurden.

Eine Duldung von Schwätzern und Selbstdarstellern weicht den Anspruch und die Ernsthaftigkeit des nationalen Widerstandes auf und darf folgerichtig von seriösen nationalen Zusammenhängen nicht geduldet werden. Persönliche Animositäten be- und verhindern immer wieder eine konstruktive Zusammenarbeit im Widerstand, weil selbsternannte „Führungskräfte“ ihren Einfluß zur Durchsetzung persönlicher Interessen mißbrauchen. Rücksichtslos stellen sie ihr eigenes Ego über die politischen Ziele, die sie vorgeblich vertreten und weiten ihre persönlichen Flügelkämpfchen sogar auf ihr Kameradenumfeld aus, hetzen gutwillige Aktivisten an der Basis gegeneinander auf. Sie hinterlassen überall verbrannte Erde, auf der eine politische Zusammenarbeit oftmals für Jahre nicht mehr möglich ist. Wir werden auch zukünftig nicht fähig sein, einem fortschrittlichen und revolutionären Nationalismus zum Siege zu verhelfen, wenn wir nicht damit beginnen, erkannte Fehlentwicklungen in den eigenen Reihen zu hinterfragen und gleichzeitig den Mut aufbringen, diese radikal und kompromißlos zu entfernen. Ein freier Nationalist sollte sich als politischer Kämpfer für ein Deutschland nach unseren Vorstellungen begreifen. Dabei wählt er die vorausschauende Lösung einer gruppen- und parteiübergreifenden Form, denn diese Denkweise unterliegt nicht den Zwängen einer Partei, einer Wählergemeinschaft, eines Vereins oder anderer Organisationsformen.

Sie unterliegt vielmehr der eigenen Verantwortung und dem eigenen positiven politischen Wollen, das sich wiederum nur unseren Vorstellungen unterordnet. Ob sich freie Nationalisten einer Partei oder einer anderen Gruppierung anschließen, bleibt ihnen selbst überlassen, denn diese Entscheidung orientiert sich in erster Linie an der politischen Landschaft in der jeweiligen Region und an der Zweckmäßigkeit der politischen Betätigung. Wichtig ist dabei, daß freie Kräfte nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern politisch tätig sind und sich am Willensbildungsprozeß in unserem Land beteiligen, mit dem Ziel, diesen Prozeß eines Tages komplett zu gestalten. Daß dieses Ziel hoch gesteckt ist, liegt auf der Hand, jedoch wollen wir uns stets nach oben orientieren und nicht nach unten. Ohne ein Ziel vor Augen fällt jede politische Aktivität schwer, denn die Einsicht der entsprechenden Betätigung und dafür nicht nur Geld und Freizeit zu opfern, sondern auch Verfolgung auf sich zu nehmen, braucht Inhalt und Verstand. Freie Nationalisten ordnen sich keiner nationalen Gruppierung soweit unter, daß sie von ihr vereinnahmt und aufgesogen werden, sondern arbeiten dort entweder konstruktiv mit oder lassen es sein. Sie begreifen sich auf jeden Fall als politischen Faktor in der nationalen Landschaft, der unabhängig von Organisationsstrukturen ist und sich organisiert, um revolutionäre Politik zu betreiben und aufzuzeigen, daß das vorherrschende System in der BRD die Ursache des Übels ist und nicht die sichtbaren Auswüchse desselben.

Das Wort „frei“ darf nicht zu einer oft benutzten, aber nie verstandenen Worthülse verkommen, das bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Identitätsphrase heruntergebetet wird. Dahinter sollte und muß sich ein Geist begreifen, der um dieses Land kämpft, um sein Volk und die Wiederherstellung der Souveränität der Deutschen. Es darf uns nicht um die Verherrlichung und Pflege von Subkulturen gehen, wie es uns Presse und Medien täglich vorführen möchten.

Daß durch unsere Gegner in Staat, Medien und Linken gezeichnete Bild über politisch national orientierte Menschen ist eben nicht der Maßstab, an dem wir uns zu messen haben, sondern das genaue Gegenteil. Wer sich selbst als freier Nationalist definieren will, darf den Ausdruck „frei“ nicht als „Frei“-fahrtsschein mißverstehen, um sich gehen zu lassen und sich vor politischem Aktivismus auf Kosten anderer zu drücken.

Freie Nationalisten dürfen keine flüchtige Erscheinung darstellen, die durch mangelnde Verbindlichkeit und mangelnde Kontinuität entsprechend negativ auffallen. So definiert sich für uns der Begriff „frei“ eben nicht als „frei“ von Verbindlichkeiten. und „frei“ von kontinuierlicher Arbeit., sondern als Verpflichtung zur selbstbestimmten Betätigung, die sich an unseren gemeinsamen Vorstellungen und Notwendigkeiten orientiert.

Die Herstellung von Politikfähigkeit durch verbindliches und kontinuierliches Arbeiten muß freie Nationalisten kennzeichnen. Schwätzer und Selbstdarsteller gibt es bei uns mehr als genug und deswegen müssen wir Mechanismen entwickeln und vorantreiben, um diesen „auffälligen Kameraden“ auf die Füße zu treten, die durch Schwätzerei und Selbstdarstellerei zwar mit dem Mund viel zu bewegen scheinen, in Wirklichkeit aber nur ihr Ego bedienen und unser Wollen damit be- und verhindern. Gleiches gilt auch für jene, die persönliche Animositäten über die Politikfähigkeit stellen. Sie müssen gemieden und ausgegrenzt werden. Politisch in unserem Sinne aktiv für den Nationalismus zu kämpfen heißt, über Parteikonventionen und rechtes Spießertum hinaus zu denken. Es heißt daher auch, selbst in freier Entscheidung bereit zu sein, mehr einzusetzen und zu leisten, als es eine ghettoisierte und muffige pseudonationale Vereinsmeierei jemals zu leisten vermag und darüber hinaus auch dafür einzustehen. Freier Nationalismus ist keine Pseudo-Ideologie für Faulenzer, die im nationalen Widerstand ihr finanzielles Auskommen suchen und eine selbstgewählte Nische besetzen, um sich persönlich zu bereichern. Bestimmte „Kameraden“ mit ihrer sattsam bekannten „Komm-ich-heut-nicht, komm-ich-morgen“-Mentalität negieren den Begriff des politischen Aktivisten und arbeiten diesem sogar entgegen. Politikfähig sein heißt

freie Nationalisten ? freie Nationalisten ? freie Nationalisten !

EIN LEITFADEN

frei-sozial-national

nicht, sich unverbindlich, unbeständig oder gar unentschieden zu fundamentalen Themen des politischen Alltags zu äußern, sich zurückzuziehen und ein warmes Plätzchen in nationalen Zusammenhängen zu suchen. Wenn wir heute vom „freien Nationalismus" sprechen, bezeichnen wir eine revolutionäre Idee, die maßgeblich eine Geisteshaltung ausdrückt und kein Hintertürchen für jene, die sich die vermeintlichen „Rosinen" aus dem breitgefächerten Kuchen rund um den Nationalen Widerstand herauspicken möchten.

Diese Geisteshaltung steht grundsätzlich über allen persönlichen Animositäten, denn sie umfaßt ganzheitlich unser politisches Wollen. Es sollte klar sein, daß einzelne Betätigungsfelder, die von freien Nationalisten mit Inhalten gefüllt werden, nur eine Möglichkeit der politischen Wirksamkeit darstellen und nicht DAS Allheilmittel für die Beseitigung der Probleme in Deutschland sind! Oftmals verstricken sich Kameraden in bestimmten Betätigungsfeldern und sind damit so ausgefüllt, daß ihnen für wesentliche Aufgaben Zeit und Raum fehlt, bzw. verloren geht. So dümpelt die politische Betätigung oftmals in Strukturen vor sich hin, die nicht effektiv sind und darüber hinaus resignierend auf die Kameraden wirken.

Ein entsprechend hoher Grad der Vernetzung ist anzustreben, um politisch Gleichgesinnte und aktive Menschen zu verbinden. Diese informelle Vernetzung von einzelnen Aktivisten, Gruppen und Kameradschaften muß daher zum Ziel haben, die politische Schlagkraft zu erhöhen, um zielgerichtet die vorhandenen Kräfte in unserem Sinne einzusetzen. Sie darf nicht wie bisher dazu führen, die vernetzen Menschen mit Informationen und Aktionen zu überschütten, so daß diese das eigentliche Ziel, nämlich den Willensbildungsprozeß komplett gestalten zu wollen, aus den Augen verlieren. Der Weg darf nicht das Ziel sein! Unser Anliegen ist es, freie Nationalisten informell zusammenzuführen und über die Vernetzung gemeinsame Aktionen zu koordinieren.

Wir müssen politikfähiger werden und unsere politischen Anschauungen erfolgreicher als bisher in die Öffentlichkeit tragen. Dies kann durch vielfache Aktionen wie Schulungen, Medienprojekte, gemeinsam ausgearbeitete bundesweite Kampagnen, regionale Basisarbeit, Koordinierungstreffen, Zeitungsprojekte usw. gelingen. Letztendlich hängt der Erfolg aber vom revolutionären Selbstverständnis jedes einzelnen freien Nationalisten ab. Wir wollen nur einen Rahmen benennen, in dem unser Kampf gegen das herrschende System stattfinden kann. Inhaltlich wird er von jedem Einzelnen, von jeder aktiven Gruppe und deren Einsatzbereitschaft ausgefüllt.

Das „Wieder-Sichtbar-Werden" von nationaler Politik muß kurzfristig unser erstes gemeinsames Vorhaben sein.

In diesem Sinne wollen wir durch verbindliche, kontinuierliche, inhaltliche und revolutionäre politische Arbeit dem freien Nationalismus nach Innen Gestalt geben und ihn nach Außen sichtbar werden lassen.

Nachruf

RA Dr. Hans Günter Eisenecker ist tot





verstorben am 07.11.2003

Am 07.11.03 verstarb unser Kamerad, RA Dr. Hans Günter Eisenecker, an einem Krebsleiden. Sein Name war im gesamten nationalen Widerstand ein Begriff. Nicht nur den vielen Kameraden und Kameradinnen, denen er immer wieder vor den Gerichten der BRDJustiz zu ihrem Recht verhalf sondern auch durch seine politische Arbeit in der NPD und zusammen mit freien Nationalisten war er bekannt und geschätzt. Dr. Eisenecker wurde nur 53 Jahre alt, ein Mann, der trotz der vielen Arbeit immer noch mehr Pläne und Visionen hatte, wenn es um die Zukunft unseres Volkes und des Reiches ging. Sein Leben war von politischer Arbeit geprägt, die ihm keine Zeit für ein „Privatleben" ließ und so konnte er sein kleines „privates" Lebenswerk, den Umbau eines kleinen Hauses in Mecklenburg-Vorpommern, leider nicht mehr zu Ende führen. Seine politische Arbeit beschränkte sich aber nicht auf die NPD und das Land Mecklenburg-Vorpommern, wo er als Landesvorsitzender der NPD tätig war, sondern er führte sie jeden Tag und in jedem Prozeß, wenn er einen von uns vor Gericht vertrat. So mancher Staatsanwalt hat sich an ihm die Zähne ausgebissen und so mancher Richter mußte, ob er wollte oder nicht, unsere Kameraden freisprechen oder konnte zumindest nicht die Strafe verhängen die ihm lieb gewesen wäre. Viele von uns haben RA Dr. Eisenecker so manches zu verdanken.

Kamerad Eisenecker wir werden dich nicht vergessen !

Der Insel Bote

- Freie Informationen für Freie Bürger -

Postfach 1120 in 17429 Seebad Bansin • inselbote@firemail.de • 0171/123 80 74



Kulturkreis Hans Mallon

Singen

Volkstanz

Fahnenschwingen

Wir, junge Frauen und Männer aus Pommern, treffen uns mindestens zweimal im Monat im Kreis Ueckermünde zum fröhlichen Tanzen, Singen und Fahnenschwingen. Gerade wir nationale Sozialisten sollten die deutsche Kultur erhalten und fördern. Darum mach auch DU mit und werde Teil unserer Gemeinschaft!

Kontakt über Postfach 1138, 17368 Ueckermünde oder

Funktelefon: (01 71) 6 36 66 49 -

E-Post: kulturkreis-pom@freenet.de

Lest auch unsere Jugendzeitung!

Mitteldeutsche **Jugendzeitung** Postfach 1203 17431 Wolgast

Zeitschrift für junge Nationale Sozialisten!

Jetzt für 2,44 EUR in Briefmarken anfordern.

www.mjz.nwbb.org

KLEINE AUFKLEBER - GANZ GROSS!!

Die Bögen sind ungeschnitten.
Bei Abnahme von 1000 Aufklebern geschnitten.

WIR SIND AUSLÄNDERGEIL VON GESTERN DUMM RABIAT HUMORLOS ANTIFASCHISTISCHE AKTION



-Originalgröße-, 100 Stück „ANTIFA“ = 3 Euro,

500 Stück = 13 Euro, einfarbig, selbstklebend!





Bestellungen nur gegen Vorkasse, plus Porto.
Bestellungen nur an: ft-versand@web.de oder PF: 1153 in 17420 Heringsdorf

Aufkleber „Kampf“ (hochkant) und „Stop“ (quer) , A7 Format (halbe Postkarte), einfarbig, selbstklebend - 100 Stück = 4 Euro, 500 Stück = 17 Euro

Das Zitat dieser Ausgabe:

„Wahrer Sozialismus ist die Form der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einstellung, die an Stelle des innerlich unwahren freiheitlichen Liberalismus die freiwillige sozialistische Bindung eines jeden Volksgenossen an den Staat mit seiner Art, seinem Charakter und seinen Fähigkeiten entsprechenden Rechten und Pflichten erstrebt.“

Dr. G.

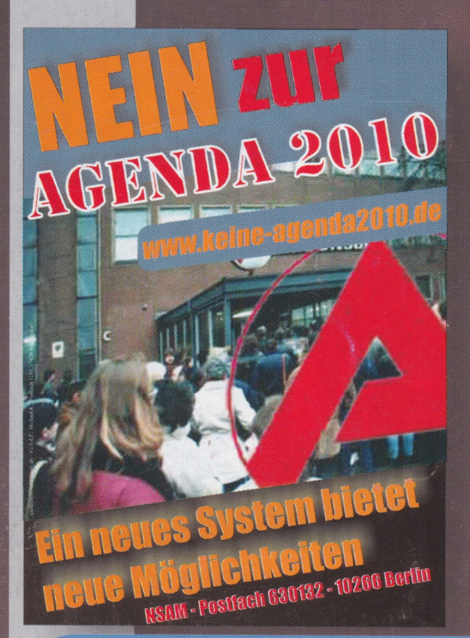
aktuelle Propaganda

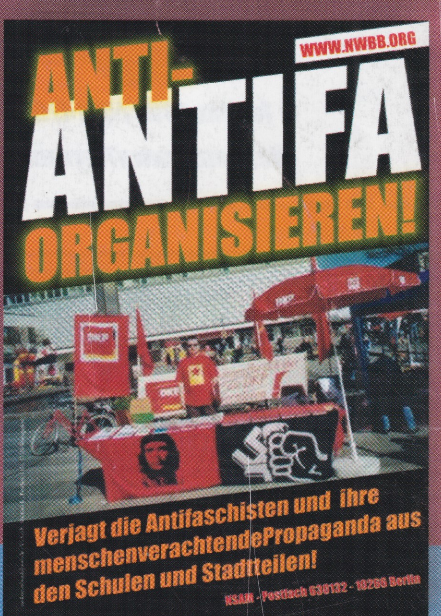
Schon jetzt vorbestellen!

Ab April wird ausgeliefert.









im Netz unter:
www.mjz.nwbb.org

Sämtliche Aufkleber im A6 Format und vielfarbig.
100 Stück für 6 € plus Versand. Bestellungen unter: versandzentrale@web.de

T-Hemd Nationaler SOZIALIST

Nationaler SOZIALIST

10 €
Plus Porto
alle Größen lieferbar

Jetzt bestellen unter: versandzentrale@web.de
Oder unter: FT. Postfach 1153 in 17420 Heringsdorf

Herausgeber: Medienverbund / NMV